

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Michael Wolffsohn

Vierzig Jahre Israel:
Versuch einer historischen Einordnung
und Bilanz

Ernst Ludwig Ehrlich

Die Juden in der Diaspora

Hermann Meier-Cronemeyer

Zur Geschichte des Zionismus

B 16/88
15. April 1988

Michael Wolffsohn, Dr. phil., geb. 1947; Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr München.

Veröffentlichungen u. a.: Politik in Israel, Opladen 1983; Israel: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen 1987; Ewige Schuld? 40 Jahre Deutsch-Jüdisch-Israelische Beziehungen, München 1988.

Ernst Ludwig Ehrlich, Dr. phil., Dr. theol. h. c., geb. 1921; Bürger von Basel; Direktor des europäischen B'nai B'rith; Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz; Gastdozent an den Universitäten Basel und Bern.

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte Israels im Altertum, Berlin 1958; E. L. E. und der christlich-jüdische Dialog, Frankfurt 1985; Herausgeber der Studia Judaica und Verfasser zahlreicher Schriften auf dem Gebiete der Hebräischen Bibel, des Neuen Testaments, der jüdischen Geschichte und des christlich-jüdischen Dialoges.

Hermann Meier-Cronemeyer, Dr. rer. pol. habil., geb. 1932 in Köln; dort Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Längere Studienaufenthalte in Israel; 1985 Habilitation mit einer noch unveröffentlichten Geschichte der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland; zur Zeit Forschungsbeauftragter am Institut für Judaistik der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Kibbuzim-Geschichte, Geist und Gestalt, Teil 1 Geschichte, Hannover 1969; Jüdische Jugendbewegung, in: germania judaica, 8 (1969), 1/2 und 3/4; Die jüdische Nationalbewegung und die Gründung des Staates Israel, in: Hermann Meier-Cronemeyer/Rolf Rendtorff/Ulrich Kusche, Israel in Nahost, Hannover 1975³; Kleine Geschichte des Zionismus. Von den Anfängen bis 1948, Berlin 1980.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Vierzig Jahre Israel: Versuch einer historischen Einordnung und Bilanz

I. Das alte und neue Israel:

Die Entstehung des Staates und der Versuch einer historischen Einordnung

Zwei Versuche mit der jüdischen Staatlichkeit schlugen fehl, der dritte läuft seit genau vierzig Jahren. Trotz der Unterschiede zwischen dem modernen Staatswesen Israel und den antiken jüdischen Gemeinwesen gibt es auffallende Ähnlichkeiten; sie betreffen zum Beispiel ihre Entstehung sowie das Spannungsverhältnis zwischen Zion und der jüdischen Diaspora.

1. Eroberung als Geburtsfehler

Die Errichtung aller drei jüdischen Gemeinwesen erfolgte fast unmittelbar auf Katastrophen in der leidensreichen Geschichte des jüdischen Volkes. Die erste jüdische Gemeinschaft entstand im dreizehnten vorchristlichen Jahrhundert nach der Knechtschaft in Ägypten; der zweiten war die Zerstörung des Ersten Tempels im Jahre 586 vor Christus und das Babylonische Exil vorangegangen; der dritte jüdische Staat, das heutige Israel, entstand nach dem Holocaust, der auf Hebräisch bezeichnenderweise „Schoah“, auf deutsch „Katastrophe“ heißt.

Alle drei jüdischen Gemeinwesen entstanden in Phasen einer grundlegenden politischen Umordnung der gesamten vorderorientalischen Region. Dabei entstanden neue politische, doch keine gesellschaftlich-ethnischen Leerräume. Mit anderen Worten: Die Eroberer wechselten, die ansässigen Völker blieben und wurden von den nach- und einrückenden jüdischen Siedlern vertrieben; einige gingen mehr oder weniger freiwillig. Bis auf die Propagandisten sind sich heute eigentlich israelische und palästinensische Historiker oder Politiker darüber einig, daß 1947/48 ein Drittel der palästinensischen Flüchtlinge aus dem heutigen Israel freiwillig die Kampfgebiete räumte, ein weiteres Drittel vertrieben und der Rest von Israelis und siegesgewissen militanten palästinensischen Nationali-

sten „psychologisch überzeugt“ wurde, das Land zu verlassen¹⁾.

Den jüdischen Siedlern blieb — aus ihrer Sicht — keine andere Wahl, sie sollten, religiös interpretiert, das Gelobte Land erobern; sie mußten es sich, unreligiös interpretiert, aneignen, weil sie nach erlittenem Leid glaubten, woanders als Gastvolk nicht mehr weiterleben zu können. Die vorangegangene Tragödie des jüdischen Volkes wurde auf diese Weise das Schicksal der einheimischen Völker; nach dem Holocaust das Los der Palästinenser²⁾.

Weder die Katastrophen noch die innere Spannung zwischen Erlösung und Eroberung, Erlösung durch Eroberung, gewollter Befreiung und ungewollter Unterdrückung sind in der jüdischen Geschichte „einzigartig“. Sie sind in der Gegenwart wirksame und wahrgenommene Vergangenheit, sie bestimmen die geschichtspolitische Diskussion über die Entstehung und den moralischen Geburtsfehler des Staates, in Israel selbst und im Ausland³⁾.

Anders als für das alte waren für das neue Israel Kultur und Religion des bzw. der alteingesessenen, eroberten Völker weder Verlockung noch Versuchung. Die andere Seite blieb dem modernen Israel fremd und bedrohlich, und diese Bedrohung

¹⁾ Vgl. Friedrich Schreiber/Michael Wolffsohn, *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1987, Kap. XIII. Wichtig ist Benny Morris, *The Crystallization of Israeli Policy Against a Return of the Arab Refugees: April–December 1948*, in: *Studies of Zionism*, 6 (1985) 1, S. 85–118; ders., *The Birth of the Palestinian Problem*, Cambridge 1987.

²⁾ Das heißt bezogen auf den Holocaust keineswegs, daß Deutschland indirekt am Leid der Palästinenser schuldig sei. Vgl. dazu Michael Wolffsohn, *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988, Kap. I.

³⁾ Im Zusammenhang mit dem „Historikerstreit“ hat merkwürdigerweise weder ein jüdischer noch ein nichtjüdischer Autor die jüdisch-historische Sichtweise des Problems der „Einzigartigkeit“ des Holocaust erörtert; vgl. M. Wolffsohn, *Ewige Schuld* (Anm. 2), S. 14 f., 50–53, 69–76, 160–163.

schweißte die jüdischen Bürger des jungen Staates, die aus den verschiedensten Weltteilen und Zivilisationen kamen, zu einer neuen Gemeinschaft zusammen. Das neuisraelische Wir-Gefühl wird deshalb auch durch die äußere Bedrohung und die beachtlichen Aufbauleistungen geprägt, die sowohl trotz als auch wegen dieser Bedrohung erbracht wurden.

Die ständige Bedrohung wirkte integrierend, motivierend und mobilisierend. Wie in den altisraelischen Zeiten Ezras und Nehemias vor rund 2 500 Jahren „arbeiteten sie mit der einen Hand, und die andere hielt die Waffe“. Dieser Satz aus dem Alten Testament (Nehemia 4, 11) wird im neuen Israel immer wieder zitiert. Diese Worte schlagen bewußt eine gedanklich-gefühlsgeladene Brücke zwischen dem neuen und alten Israel, schaffen ein Bewußtsein jüdisch-historischer Kontinuität in Zion und stiften Legitimität.

Anders als vor rund 2 500 Jahren empfindet man heute die Welt der nichtjüdischen Nachbarn nur als äußere Gefahr einer möglichen Vernichtung, nicht als innere Versuchung.

Für geschichtsbewußte Juden hat der neue jüdische Staat einen historisch-geographischen Geburtsfehler: der Staat Israel entstand nicht im einstigen biblischen Kernland, Judäa und Samaria, sondern er hat sein Zentrum in der Küstenebene, wo einst die Philister gelebt und in Galiläa, wo Jesus gewirkt hatte. Die Eroberungen des Sechs-Tage-Krieges im Juni 1967 machten aus Israel auch geographisch einen jüdischen, demographisch jedoch einen jüdisch-arabischen Staat. Der historisch-geographische Geburtsfehler wurde getilgt, der moralische gleichzeitig verschärft — obwohl Israel auch 1967 schuldlos schuldig wurde und aus der Verteidigung angriff: eine im klassischen Sinne tragische Situation.

Der 1967 erreichte Höhepunkt der Rückkehr nach Zion wurde damit Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Staates — moralisch und demographisch. Moralisch, weil man die Rolle des Besetzers übernehmen mußte, die über kurz oder lang immer häßlich ist; demographisch, weil die arabische Minderheit im jüdischen Staat erheblich größer wurde. Langfristig stellte sich die Frage nach ihrer politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Integration. Damals merkten es wenige, heute ist es das Hauptproblem Israels. Als Araber stehen die Palästinenser in den besetzten Gebieten einem zionistisch-jüdischen Staat bestenfalls gleichgültig gegenüber. Je mehr die Gebiete auch ohne formelle

Eingliederung ein Teil Israels werden, stellt sich die Frage nach der rechtlichen und politischen Gleichheit ihrer arabischen Einwohner. Verweigert man ihnen die Gleichheit, so verzichtet man auf die Demokratie; gewährt man sie ihnen, so verzichtet man auf den Zionismus, das heißt auf den jüdischen Staat. Zionismus oder Demokratie — das ist seit 1967 die Alternative, vor die Israel durch seinen historisch-geographischen Triumph gestellt ist. Dieser Triumph erweist sich zunehmend als Pyrrhus-Sieg.

Das Wir-Gefühl, also die Identität und Identifizierung, beruht beim neuen, 1948 gegründeten Israel — ähnlich wie im alten, biblischen Israel — keineswegs nur auf der jüdischen Religion, sondern auch auf der Leidensgeschichte des Volkes. Das vorangegangene Leid bindet und verbindet die jüdischen Bürger Israels, heute ebenso wie damals. Je blasser die Erinnerung an das vorangegangene Schicksal wird, desto poröser wird das israelische Wir-Gefühl, und nicht zuletzt deswegen wird in Israel die Erinnerung an den Holocaust aufrechterhalten.

Waren einst die Erfahrungen mit dem pharaonischen Ägypten oder mit dem Volk der Amalekiter das historisch-ideologisch-gesellschaftliche Bindemittel, die weltlich-politische Identitätsstiftung, so ist es heute der Holocaust und damit Deutschland. Hierzulande hält man diesen Gebrauch des Holocaust oft für Antigermanismus, übersieht jedoch dadurch die politische Mechanik der innerisraelischen Identitäts- und Identifikationsstiftung⁴⁾.

Die Israelis orientalischer Herkunft — und das sind inzwischen mehr als die Hälfte der jüdischen Bürger — waren im Gegensatz zu ihren aus Europa stammenden Landsleuten vom Holocaust nicht betroffen. Die die orientalischen Juden prägende Verfolgung vollzog sich in den nordafrikanischen und westasiatischen Gastgesellschaften in dem Maße, wie der Konflikt zwischen Zionisten und Palästinensern auf die gesamte arabische Welt übergriff und dort besonders in den vierziger Jahren zu Judenverfolgungen führte⁵⁾. Weil der zionistisch-arabische Gegensatz nach Israels Staatsgründung eher zu- als abnahm, blieb bei den orientalischen Juden Israels nicht nur das alte Feindbild erhalten, son-

⁴⁾ Vgl. M. Wolffsohn (Anm. 2), Kapitel III.

⁵⁾ Daten sowie weiterführende bibliographische Angaben zur israelischen Gesellschaft in: M. Wolffsohn, Israel: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen 1987², Teil B; ferner ders., Politik in Israel, Opladen 1983, Kap. 14 und 34. Sehr wichtig und auch historisch weit ausholend Shmuel N. Eisenstadt, Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt 1987.

dem auch die Intensität des Willens zur Abgrenzung gegenüber der einstigen Heimat, sei es die eigene oder die der Eltern und Großeltern⁶⁾.

Die aus Europa und Amerika stammenden, die sogenannten „aschkenasischen“ Israelis, betrachten ihre einstige Heimat nicht oder nicht mehr feindselig; ja, sie wird durchaus als alt-neue Alternative zur Existenz im jüdischen Staat gesehen. Das gilt inzwischen auch in bezug auf (West-) Deutschland, weniger auf die Sowjetunion. Diese Tatsache erklärt zumindest teilweise die im Vergleich zu den euro-amerikanischen Israelis ausgeprägtere Bereitschaft der Juden afro-asiatischer Herkunft, auch in schwierigeren Zeiten eher im Lande zu bleiben und nicht auszuwandern, obwohl diese im allgemeinen wirtschaftlich schlechter gestellt sind als jene.

Das Verhältnis zur Diaspora stellt sich daher für die orientalischen Israelis ganz anders dar als für ihre aschkenasischen Landsleute. Nach Europa und Amerika können aschkenasische Israelis jederzeit zurück; in den Irak, Jemen oder nach Syrien, sogar in das inzwischen wieder wesentlich tolerantere Marokko und Tunesien empfiehlt es sich weniger, zumal die islamische Radikalisierung in der gesamten Region des Vorderen Orients nicht zur jüdisch-arabischen Entspannung beiträgt. Die Alternative zum Leben in Israel wäre für die orientalischen Juden die Lebensgefahr in der alten Heimat der arabischen Staaten⁷⁾.

Die brennende Landschaft der Diaspora verstärkte den Wunsch der Juden auf baldige, konkrete Erlösung. Die säkularisierten Juden — und das waren seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr und bald die meisten — wollten sich nicht durch die Hoffnung auf den Messias verträsten lassen. Der Zionismus und dann Israel verhiessen Befreiung und Erlösung; sie wurden für die verweltlichten Juden Ersatz für den Messianismus der religiösen Glaubensbrüder. Der „Rückzug auf Zion“ war folglich von säkularisierten „Obertönen des Messianis-

mus begleitet“⁸⁾. Wegen seiner eher politisch-weltlichen als religiösen Natur muß man ihn als Pseudo-Messianismus bezeichnen, was keineswegs bedeutet, daß man ihn deswegen verurteilt. Sogar neo-orthodoxe Kreise des modernen Judentums haben angesichts der Judennot Zionismus und Israel als „Beginn der Erlösung“ betrachtet⁹⁾. Auch auf die wohlwollenden Teile der nichtjüdischen Welt (die es trotz allem immer und überall gab) strahlte der israelische Pseudo-Messianismus aus.

Jeder Messianismus und Pseudo-Messianismus erweckt hohe, kaum erfüllbare Erwartungen. Die Enttäuschung von Juden und Nichtjuden über Israel war daher von Anfang an vorprogrammiert. Selbst die größten Erfolge Israels konnten nie die gehegten Erwartungen erfüllen. Das mag eine Erklärung für die israelische Selbstbespiegelung und Selbstkritik sowie für die häufige und manchmal ätzende Kritik des Auslands sein, über die man sich in Israel oft beklagt. Die Rügen aus dem Ausland sind auch — doch keineswegs nur — auf die pseudomessianischen und durchaus wohlwollenden Erwartungen der Außenwelt zurückzuführen. Israel wird aufgrund der so hohen Erwartungen auch von der nichtjüdischen Welt mit hohen, höchsten und daher unrealistischen Maßstäben gemessen. Die Wurzel dieser Israel-Kritik schmeichelt dem jüdischen Staat; dieses potentielle Wohlwollen wurde nicht immer von Israel genutzt — weil es verkannt wurde.

2. Anmerkungen zum Verhältnis Israel — Diaspora

Wir wollen uns in diesem Abschnitt mehr mit der israelischen als mit der diasporajüdischen Seite beschäftigen, da sich Ernst-Ludwig Ehrlich in diesem Heft vornehmlich mit der außerisraelisch-jüdischen Welt auseinandersetzt.

Der zionistischen Ideologie entsprechend versteht sich Israel als die Verkörperung des „Allgemeinen Willens“ des jüdischen Volkes¹⁰⁾. Jean-Jacques Rousseau zufolge ist der Allgemeine Wille keineswegs dem „Willen aller“ beziehungsweise dem Willen der Mehrheit gleichzusetzen. Der Allgemeine Wille irrt nicht und weiß stets, was richtig ist. Mit diesem Selbstverständnis lösten Israel und der Zio-

⁶⁾ Vgl. zur Geschichte der Juden in den islamischen Staaten Bernard Lewis, Die Juden in der islamischen Welt, München 1987. Zur zionistisch/israelisch-arabischen Konfrontation allgemein F. Schreiber/M. Wolffsohn (Anm. 1).

⁷⁾ Der „Schattenaußenminister“ der britischen Labour Party, Gerald Kaufman, besuchte im Februar 1988 den Irak und auch die jüdische Gemeinde Bagdads. Er glaubte feststellen zu können, daß sie ihre Religion frei ausüben könnten (Haaretz, 21. 2. 1988). Das Schicksal der irakischen Juden seit den vierziger Jahren, sowie die oft oberflächlichen Eindrücke reisender Politiker, die schon durch einen Auslandsbesuch zu Experten werden, rechtfertigen Zweifel an Kaufmans Beobachtung.

⁸⁾ Gershom Scholem, Zum Verständnis der messianischen Idee im Judentum, in: ders., Judaica, Frankfurt 1968, S. 74.

⁹⁾ Vgl. M. Wolffsohn (Anm. 5), S. 32 ff., S. 156 ff. mit Zitaten und Belegen.

¹⁰⁾ Näheres bei M. Wolffsohn, Politik in Israel (Anm. 5), S. 146 ff., 399 mit Zitaten und Belegen.

nismus das Dilemma, daß die Mehrheit der Juden nicht nach Zion kam.

Bis zum Holocaust blieb der zionistische Anspruch, den Allgemeinen Willen des Jüdischen Volkes zu verkörpern, innerjüdisch heftig umstritten. Die Grundannahme des Zionismus, daß es in der Diaspora überall und immer einen lebensgefährlichen Antisemitismus gäbe, war bis zum Holocaust ebenso wenig mehrheitsfähig wie die daraus abgeleitete Folgerung — die Forderung nach einem jüdischen Staat, der diese Gefahr beseitigen sollte.

Der Holocaust schien die zionistische Sichtweise zu bestätigen. Auch seitdem kam die Mehrheit der Juden nicht nach Israel, doch der gesamtjüdisch-ideologische Führungsanspruch des zionistischen Staates wurde kaum noch ernsthaft bestritten. Selbst viele Nichtjuden setzen inzwischen Israel und Juden gleich. Man achte in der Berichterstattung über den Nahen Osten einmal darauf, wie oft von „den Juden“ gesprochen wird, wenn Israel gemeint ist.

Trotzdem blieb die Mehrheit der Juden auch nach dem Holocaust in der Diaspora; anders als vorher hatte sie dabei ein schlechtes Gewissen. Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 wurde es aufgrund der gesamtjüdischen Israelbegeisterung noch schlechter, aber seit 1977 beruhigte es sich deutlich, und derzeit kann man sogar von einer Re-Emanzipation der Diaspora sprechen. Begonnen hatte sie mit der Friedensinitiative des ägyptischen Präsidenten Sadat. Verglichen mit ihm galt auch bei den Diasporajuden Israels Ministerpräsident Begin oft als der halsstarrige Prinzipienreiter. Die aggressive Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten sowie der 1982 von Israel geführte Libanonkrieg gegen die PLO entfachten Wellen innerisraelischer Kritik, die seitdem immer mehr auf die Diaspora übergriffen. In den großen Diasporagemeinden der USA, Großbritanniens und Frankreichs ist Israelkritik nicht mehr tabu. Die Diaspora hat sich von Israel nicht ganz entfernt, aber doch etwas distanziert¹¹⁾.

Bis 1977 galt Israel als „letzter Rettungsanker“ vor dem Antisemitismus. Heute ist bei kritischen Diasporajuden zu hören, daß Israels zunehmend militante Palästinenser-Politik in der Welt neuen Antisemitismus entfachte. Sie gefährde die Diasporajuden, die mit Israel gleichgesetzt würden, weil sie

¹¹⁾ Umfragedaten aus den USA in: Eytan Gilboa, *American Public Opinion toward Israel and the Arab-Israeli Conflict*, Lexington, Mass., 1987; Steven M. Cohen, *Ties and Tensions. The 1986 Survey of American Jewish Attitudes Toward Israel and Israelis*, New York 1987.

sich lange mit Israel identifiziert hatten. Die Fixierung der Diaspora auf Israel hätte sich als Bumerang erwiesen.

Heute leben in Israel 27 Prozent aller Juden. Zwar nimmt der Anteil Israels am Weltjudentum zu, und die Diaspora wird kleiner, aber das gewaltige Ungleichgewicht dürfte sich auf absehbare Zeit nicht verändern. Die jüdische Welt bleibt bipolar, und dieser Zustand erinnert ebenfalls an das alte Israel in der Zeit des Zweiten Tempels, als neben dem jüdischen Gemeinwesen in Zion das bedeutende babylonische und ägyptische Judentum bestand. Damals wie heute zog es die Mehrheit der Juden vor, in der Diaspora zu leben und sich mit Israel eher durch Geld und gute Worte als durch Einwanderung zu solidarisieren¹²⁾.

Die zionistischen Gründungsväter gingen zunächst ebenso wie später viele Israelis gegenüber der Diaspora bewußt auf Distanz. Das neue jüdische Gemeinwesen in Zion sollte in allem anders als die Diaspora sein, ein „neuer jüdischer Mensch“ sollte geschaffen, eine „neue jüdische Gesellschaft“ errichtet werden. Mit der Diaspora verband man Schwäche, Wehrlosigkeit und Verfolgung. Jetzt demonstrierte man Stärke und Wehrhaftigkeit, nicht zuletzt in den neuen hebräisch-israelischen Vornamen oder in den hebraisierten Familiennamen. Je selbstbewußter israelisch und distanzierter zur Diaspora, desto israelistisch-kraftstrotzender die Namen — und damit die durch sie ausgedrückte Identität¹³⁾. Im Laufe der Jahre erkannten jedoch Israels Politiker und Gesellschaft, daß die Diaspora, besonders in den USA, die zuverlässigste und unverzichtbare ausländische Stütze des jüdischen Staates sei¹⁴⁾.

Zwischen Israel und der Diaspora hat sich in den vergangenen vierzig Jahren eine Schere aufgetan: Israel hat sich der Diaspora genähert, während diese sich von Israel entfernte. Die Schere wird — unabhängig von der Politik Israels und der Kritik am jüdischen Staat — mit Sicherheit noch größer werden, weil die Diaspora vornehmlich euro-

¹²⁾ Zahlen bei M. Wolffsohn, *Israel: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft* (Anm. 5), S. 297–301.

¹³⁾ Vgl. Amos Elon, *Die Israelis. Gründer und Söhne*, Wien—München 1972, Kapitel 6, besonders S. 148–150. Grundlegend Sasha Weitman, *Prénoms et orientations nationales en Israel, 1882–1980*, in: *Annales*, 42 (1987), 4, S. 879–900.

¹⁴⁾ Umfragedaten hierzu in: M. Wolffsohn, *Politik in Israel* (Anm. 5), S. 385 f., und Mina Zemach, *Attitudes Toward Judaism, American Jewry, Zionism and the Arab-Israeli Conflict*, New York 1987.

amerikanisch ist, Israels Gesellschaft, innerjüdisch gesehen, zunehmend orientalistisch und insgesamt jüdisch-arabisch wird — mit oder ohne die besetzten

Gebiete. Israels Zukunft dürfte sich aus diesen Gründen eher noch schwieriger gestalten als die Vergangenheit.

II. Die Entwicklung des Staates Israel: Versuch einer Bilanz

1. Dynamische Geographie

Eindeutige Grenzen hatte Israel nie. Weder die biblischen, „von Gott verheißenen“, noch die historischen Grenzen Israels bestanden jemals lange oder standen unumstößlich fest¹⁵). Auch die territorialen Ansprüche der zionistischen Bewegung sowie des Staates Israel wechselten. Als Israel 1948 gegründet wurde, war es ein Kleinststaat. Den meisten israelischen Parteien und Politikern fiel es schwer, sich mit diesem beengten Gebiet zu begnügen. Größere Gebiete fielen Israel zu, weil die arabische Welt sich zunächst auch mit diesem jüdischen Ministaat nicht abfinden wollte.

Das territorialpolitische Bekenntnis der zionistischen Maximalisten lautete: „Der Jordan hat zwei Ufer!“. Diese geographische Binsenweisheit beinhaltete politisch nicht nur den Anspruch auf das West-, sondern auch auf das transjordanische Ostufer des Flusses. Die israelischen Maximalisten haben ihr Ziel nicht erreicht¹⁶). Sie teilen das Schicksal der arabischen Maximalisten, die Israel von der Landkarte tilgen wollten.

Ohne die Frage nach der Kriegsschuld klären zu wollen, stellen wir fest, daß Israels Territorium schon nach dem ersten arabisch-israelischen Waffengang der Jahre 1948/49 größer als im Mai 1948 war. Mit diesen Grenzen hatte sich die überwältigende Mehrheit in Israel abgefunden. Die *Wende* kam im Juni 1967; der Sechs-Tage-Krieg mischte die Karten neu. Das geschah unerwartet, wobei Ägypten, Jordanien und Syrien unfreiwillig das Anliegen der wenigen noch verbliebenen territorialpolitischen Revisionisten Israels förderten. Fortan bekamen diese Aufwind. Durch den 1982 geführten Krieg gegen die PLO im Libanon hatte Israel ungefähr die Gebiete unter Kontrolle, die im Jahre 1919 von der Zionistischen Weltorganisation gefordert

worden waren¹⁷). Das Beharren der meisten arabischen Akteure auf der Wiederherstellung der jeweils vorangegangenen Grenzen ohne eine vorherige öffentliche, unzweideutige Anerkennung des israelischen Existenzrechtes bestärkte die „Falken“ in Israel und führte dazu, daß der jüdische Staat immer mehr arabisches Land kontrollierte.

Der einzige arabische Staat, der zuvor an Israel verlorenes Gebiet zurückerhielt, war Ägypten. Das geschah im April 1982, nachdem es die Lebensberechtigung Israels anerkannt hatte. Im November 1977 hatte es Ägyptens Präsident Sadat vor dem israelischen Parlament, der Knesset, ausgesprochen. Im September 1978 vereinbarte er mit Jerusalem das Abkommen von Camp David. Es hätte trotz aller Kritik der Beginn vom Ende der israelischen Besatzung Westjordanien und des Gazastreifens werden können. Im März 1979 hatte Ägypten mit Israel einen Friedensvertrag unterzeichnet.

Die territorialpolitische Kompromißbereitschaft der israelischen Öffentlichkeit war, gemessen an Umfragedaten, seit 1967 nicht sonderlich hoch und in bezug auf die verschiedenen Gebiete unterschiedlich stark ausgeprägt¹⁸). Den höchsten Stellenwert genießt traditionell das Westjordanland — eine Tatsache, die territorialpolitische Zugeständnisse Israels erschwerte, doch nicht verhinderte. Auch klammerten sich die Israelis lange und stark an Scharm el-Scheich am Südzipfel der Sinai-Wüste, das im April 1982 trotzdem an Ägypten zurückgegeben wurde.

Ob aber das von Juden wesentlich dichter besiedelte Westjordanland ohne Bürgerkrieg aufgege-

¹⁵ Vgl. M. Wolffsohn, Politik in Israel (Anm. 5), Kap. 20 und M. Wolffsohn, Israel (Anm. 5), Kap. 2. Ausführlicher dazu M. Wolffsohn, Israel, Polity, Society, Economy 1882—1986, in: Atlantic Highlands (1987), S. XVII ff.

¹⁶ Die Behauptung, Israel wolle das Gebiet zwischen Nil und Euphrat erobern, gehört in den Bereich der politischen Legenden und Propaganda. Jedes Wort hierzu erübrigt sich.

¹⁷ Die anschaulichsten Karten mit oft einseitig antiarabischen Kommentaren zum Konflikt bei Martin Gilbert, The Arab-Israeli Conflict. Its History in Maps, London 1984. Vgl. F. Schreiber/M. Wolffsohn (Anm. 1), S. 35.

¹⁸ Daten dazu bei M. Wolffsohn, Israel (Anm. 5) S. 20 ff. und 102 f. Noch Mitte Februar 1988 befürworteten nur 29 % der jüdischen Israelis einen Rückzug aus „Judäa, Samaria und Gaza“. 22 % waren für Annexion, 42 % für eine Fortsetzung der „gegenwärtigen Politik“ (Modiin Ezrahi-Institut, mit freundlicher Genehmigung von Herrn Josef Riedmiller, Süddeutsche Zeitung, aus dem ungekürzten Bericht der SZ-Korrespondentin in Israel zitiert).

ben werden könnte, ist zweifelhaft. Die knapp 70 000 jüdischen Siedler wählen seit Jahren die politischen Parteien Israels, die sich gegen Gebietskompromisse stemmen. Sie würden die Legitimität und damit auch die Autorität einer Regierung bezweifeln und bekämpfen, die sich zu einem derartigen Schritt entschliesse¹⁹⁾.

2. Außenpolitik

Auch im außenpolitischen Bereich bahnte sich durch die Ereignisse des Jahres 1967 für Israel ein grundlegender Wandel an; sichtbar wurde er 1974. Angefangen hatte es ganz anders, für Israel wesentlich erfreulicher: Bei der Abstimmung der UNO-Vollversammlung über die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina standen im November 1947 zwei Drittel der damals unabhängigen Staaten auf der Seite der Gründungsväter Israels. Bis 1967 hatte sich die Zahl der unabhängigen Staaten besonders in der Dritten Welt vervielfacht. Sie schätzten durchaus die israelische Hilfsbereitschaft, die zahlreiche erfolgreiche Entwicklungsprojekte dokumentieren, doch diese neuen Staaten sympathisierten stets mit dem Unabhängigkeitsbestreben der Palästinenser. Daß Israel seit 1967 noch mehr palästinensische Menschen und Gebiete kontrollierte, mißfiel ihnen grundsätzlich.

Abstimmungsniederlagen hatte Israel in der UNO schon seit 1949 oft hinzunehmen. Ab 1967 wurden sie massiver, prinzipieller und feindseliger. Unübersehbar wurde Israels weltweite Isolierung im November 1974, als PLO-Chef Arafat vor der UNO-Vollversammlung sprach. Das gleiche politische Forum, dessen überwältigende Mehrheit 1947 noch Israel unterstützt hatte, bejubelte 1974 Israels Todfeind. Nicht nur die beiden Schlußziffern der Jahreszahlen, sondern Israels außenpolitische Umwelt hatte sich geändert; 1947 war diese Umwelt nicht heil, aber intakt, 1974 war sie weitgehend zerstört. Wir erörtern hier nicht die Frage der vermeintlichen Schuld, wir beschreiben die Entwicklung.

Das jüdisch-zionistische Gemeinwesen war bereits vor der Staatsgründung ein Fremdkörper im fast ausschließlich arabisch-islamischen Nahen Osten. Die Regionalpolitik Israels blieb deshalb militärisch bestimmt. Die kursangebenden, illusionslosen Politiker Israels errichteten um ihren Staat eine „Ei-

¹⁹⁾ Zu den Wahlergebnissen der jüdischen Siedler siehe M. Wolffsohn, *Israel, Polity* (Anm. 15), S. 78f. Umfragen zur Siedlungspolitik ebd., S. 79f. und M. Wolffsohn, *Israel: Politik* (Anm. 5), S. 101 ff.

serne Wand“ (in Anlehnung an den Propheten Sacharja 2,9: „eine feurige Mauer rings um sie her“) von der ursprünglich Wladimir Jabotinsky gesprochen hatte. Zwar war der bürgerliche Jabotinsky der Erzrivale der eher sozialistischen Gründungsväter Israels, doch seine Doktrin wurde zweifellos übernommen: Weil die Araber Palästina ebenso liebten wie die Juden, würden sie ihre Heimat nicht kampflös aufgeben. Die Juden müßten um ihren künftigen Staat eine „Eiserne Wand“ errichten. Die Araber würden immer wieder gegen diese Wand anrennen, doch schließlich einsehen, daß es sinnvoller sei, sich mit dem jüdischen Staat abzufinden, meinte Jabotinsky. Auch derjenige, der Jabotinskys Überlegungen vielleicht moralisch-politisch verwirft, wird nicht bestreiten können, daß dieser sowohl das israelische Vorgehen als auch das arabische Verhalten zutreffend vorhergesehen hatte.

Nach der staatlichen Unabhängigkeit versuchte Israel einen blockfreien Kurs zu steuern. Das geboten weltjüdische Rücksichten wie zionistische Hoffnungen. Sowohl in den USA als auch in der UdSSR lebten seit jeher Millionen von Juden. Ihre Existenz sollte nicht durch Spannungen mit Israel gefährdet werden. Außerdem hofften die zionistischen Staatsväter, daß gerade aus diesen großen Diasporagemeinden zahlreiche Glaubensgenossen nach Israel einwandern würden.

In der Zeit des Kalten Krieges und der beiden Blöcke konnte Israel, wie auch andere Mächtegerne-Neutrale, realistisch-weise keinen blockfreien Kurs steuern. Nach Ausbruch des Korea-Krieges entschied sich Jerusalem zugunsten des Westens, also der USA²⁰⁾. Die Vorentscheidung war bereits im Winter 1948/49 gefallen, als die Kremführung ihren prozionistischen Kurs aus nationalitätenpolitischen, gesamtsojetischen Gründen beendete. Damit entfiel für Israel gleichzeitig die Hoffnung auf eine Masseneinwanderung russischer Juden²¹⁾. Im Februar 1953, kurz vor Stalins Tod, brach Moskau die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab, um sie schon kurz darauf, im Juli 1953, wieder aufzunehmen. Für den Sechs-Tage-Krieg 1967 machte die Sowjetunion Israel allein verantwortlich und brach die diplomatischen Bezie-

²⁰⁾ Vgl. Michael Brecher, *Decisions in Israel's Foreign Policy*, London 1974, Kap. 4.

²¹⁾ Hierzu empfehlenswert Benjamin Pinkus, *The Soviet Government and the Jews 1948–1967*, Cambridge 1984; Yaacov Ro'i, *Soviet Decision Making in Practice. The USSR and Israel 1947–1954*, New Brunswick, N. J., 1980; Michael Wolffsohn, *Die internationalen Zusammenhänge der deutschen Wiedergutmachung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, (1988) 3.

hungen erneut ab; die übrigen Staaten des Warschauer Paktes — außer Rumänien — folgten diesem Schritt. Die Beziehungen wurden bis heute nicht wieder aufgenommen. Seit Mitte der achtziger Jahre erkannte Moskau allerdings den 1967 begangenen Fehler: Man verfügte nur über Kontakte zu einer der beiden Seiten im arabisch-israelischen Konflikt. Die USA hingegen wurden von beiden Seiten als Gesprächspartner akzeptiert; nicht immer ohne Grollen, doch immerhin anerkannt.

Oft ist zu hören, Israel sei schon aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit inzwischen der 51. Staat der USA. Wer dies behauptet, übersieht wichtige Tatsachen: In dem, was Israel als „Lebensfragen“ bezeichnet, gelang es den USA nicht, Jerusalem auf Washingtons Kurs zu bringen oder zu zwingen. Wenn es schließlich ab und zu trotzdem gelang, hatten die Amerikaner einen hohen Preis zu zahlen: 1973/74, als sie Israels totalen militärischen Sieg im Jom-Kippur-Krieg aus vernünftigen politischen Gründen verhinderten, und 1978/79, als zwischen Israel und Ägypten mit amerikanischer Nachhilfe das Abkommen von Camp David (17. 9. 1978) sowie der Friedensvertrag (26. 3. 1979) ausgehandelt wurden. Der Preis zeigte sich sowohl in erheblichen palästinenserpolitischen Rücksichtnahmen gegenüber Israel als auch in Milliarden US-Dollar²²⁾. Israel ist eine brüllende Maus, die den amerikanischen Löwen durchaus erschrecken kann.

Daß ihr dies gelingt, liegt keineswegs nur an Einfluß und Macht der legendenumwobenen Israel-Lobby, sondern vor allem an der Tatsache, daß die nicht-jüdische Öffentlichkeit und politische Klasse der USA davon überzeugt ist, in Israel einen wichtigen und zuverlässigen weltpolitischen Verbündeten zu haben. Zudem „mochte“ die amerikanische Öffentlichkeit traditionell Israel weit mehr als sämtliche arabischen Staaten²³⁾.

Erst während der siebziger Jahre setzte sich diese Einschätzung durch. Einige Beispiele mögen den Wandel bezeugen: Bis in die frühen sechziger Jahre hinein weigerte sich Washington, den Israelis Waffen zu liefern. Nachdem Frankreich 1967/68 ein

Waffenembargo über Israel verhängt hatte, sprangen die USA helfend ein. In den frühen fünfziger Jahren kümmerte sich die US-Administration zum Beispiel mehr um die deutsche Wiederaufrüstung als um deutsche Wiedergutmachung an die Juden und Israel. Daß sich Bonn trotzdem dazu aufraffte, geschah freiwillig, ohne amerikanischen Druck. 1957 wäre ein israelischer Rückzug aus der während des Suez-Feldzuges (Oktober/November 1956) eroberten Sinai-Halbinsel ohne massive Nachhilfe von Eisenhower und Dulles nicht erreichbar gewesen, und noch die ersten Nahostideen der Nixon-Administration — wie etwa der Rogers-Plan — beinhalteten so weitreichende territorialpolitische Zugeständnisse Israels, daß Jerusalem sich von den USA im Stich gelassen fühlte. Der Jom-Kippur-Krieg sowie der Ölschock 1973/74 brachten die Wende. Seitdem unterstützt Amerika sowohl militärisch als auch politisch und wirtschaftlich Israel massiv, manche würden sagen: einseitig²⁴⁾.

In Israel weiß man allerdings sehr wohl, wie die politische und wirtschaftliche Unterstützung sowie die Versorgung mit amerikanischen Militärgütern zu interpretieren ist: Sie dokumentiert einerseits das globale und strategische Interesse der USA am jüdischen Staat; sie signalisiert andererseits die Tatsache, daß sich Israel im Ernstfall selber helfen müßte und an ein direktes amerikanisches Eingreifen kaum zu denken wäre. Höchstens ein Drittel der US-Bürger unterstützt seit Mitte der siebziger Jahre eine derartige Aktion — selbst „wenn Israel von den Arabern besiegt würde“²⁵⁾. So gesehen, gehört die massive Hilfe an Israel auch zum Preis, den die USA zahlen müssen, um ohne einen Groß-einsatz eigener Soldaten amerikanische Interessen im Nahen Osten wahrnehmen zu können. Zudem gibt Israel Informationen über erbeutete und im

²²⁾ Vgl. E. Gilboa (Anm. 23) und die diversen Jahrgänge des Index to International Public Opinion, Westport, Conn. Zur Israel-Lobby: Edward B. Glick, *The Triangular Connection: America, Israel, and American Jews*, London 1982; Marvin C. Feuerwergler, *Congress and Israel. Foreign Aid Decision-Making in the House of Representatives, 1969—1976*, Westport, Conn., 1979. Allgemein zur Nahost- und Israelpolitik der USA: Bernard Reich, *Quest for Peace*, New Brunswick 1977, und derselbe, *The United States and Israel*, New York 1984, sowie Christian Hacke, *Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan*, München 1985. Eine neuere Darstellung dieser Beziehungen findet sich bei Edward Tivnan, *The Lobby. Jewish Political Power and American Foreign Policy*, New York 1987. Jährliche Analysen im *Middle East Contemporary Survey*, hrsg. v. Colin Legum u. a., New York 1978 ff., ab Band 8 Boulder, Co., 1986 ff. Zur Wiedergutmachung M. Wolffsohn, *Die internationalen Zusammenhänge* (Anm. 21) und ders., *Ewige Schuld?* (Anm. 3), Kap. X/1.

²⁵⁾ *Public Opinion*, Sommer 1986, S. 30f.

militärischen Kampf erprobte sowjetische Waffen nicht zum Nulltarif weiter.

Die Außenbeziehungen Israels zu anderen Staaten sind zwar — je nach Interessenlage und Betroffenheit — beachtenswert, sie sind jedoch deutlich nachrangig. Das gilt auch in bezug auf das deutsch-israelische Verhältnis. Hauptadressat israelischer Außenpolitik war und blieb Washington.

3. Innenpolitik und Gesellschaft

Daß Israel trotz der ständigen, jahrzehntelangen Bedrohungen und der militärischen Maßnahmen dagegen eine funktionierende Demokratie blieb, ist — gemessen an der nahöstlichen Umwelt — eine große Leistung. Läßt man sich vom selbst erhobenen Anspruch des Zionismus leiten, also vom Pseudo-Messianismus der verweltlichten Nationaljuden, ist diese Errungenschaft gleichwohl eine Selbstverständlichkeit.

Zwei herausragende Bewährungsproben hat diese Demokratie bestanden: Sie fing den Wandel der jüdischen Gesellschaft von einer aschkenasischen in eine aschkenasisch-orientalische institutionell, gesellschaftlich und auch kulturell auf. Diese Entwicklung verlief für alle Beteiligten nicht unproblematisch, doch insgesamt gelang der Wandel, und am 17. Mai 1977 führte er zum Wahlsieg von Menachem Begin's Likud-Block. Ein regelrechter Machtwechsel wurde damit vollzogen, und das bedeutete die zweite große, bestandene Bewährungsprobe.

Die weitgehend von aschkenasischen Israelis gebildete und gestützte sozialdemokratische Arbeitspartei wurde vom populistisch-nationalistischen Likud abgelöst, den vor allem die bis dahin zu kurz gekommenen und daher protestierenden orientalischen Juden gewählt hatten. Mit ihrem Wahlzettel hatten sie die Arbeitspartei damals — wie auch 1981 und 1984 — auf diese Weise gestraft²⁶⁾.

Als Israel gegründet wurde, waren die orientalischen Juden eine winzige Minderheit; heute stellen sie die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung des Landes. Gewiß, es gab und gibt zum Teil sogar beträchtliche Spannungen zwischen den beiden, auch in sich sehr vielfältigen und vielschichtigen jüdischen Bevölkerungsblöcken. Nach wie vor besteht in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft eine orientalischeschkenasische Lücke zugunsten der euro-amerikanischen Israelis. Immer noch prägen Europa und Amerika die Kul-

tur„szene“ Israels, können sich Literatur, Theater, Musikprogramme oder die Zeitungen Tel-Avivs mit den großen westlichen Kulturmetropolen messen. Das Kulturleben Israels ist alles andere als jüdisch-orientalisch. Trotzdem ist die kulturelle und folkloristische Eigenständigkeit der jüdischen Einwanderer aus den nichteuropäischen Regionen im Laufe der Jahre stärker gefördert worden. Die ursprünglich bevorzugte Schmelztiegel-Ideologie wurde weitgehend aufgegeben, Vielfalt der manchmal krampfhaften Vereinheitlichung vorgezogen.

Auch in diesen köstlichen Wein könnte man Wasser gießen. Mühelos ließen sich unzählige Daten oder Beispiele nennen, die bewiesen, wie groß die orientalischeschkenasische Lücke nach wie vor ist. Für manche dünnleibigen euro-amerikanischen Israelis sind die orientalischen Juden bestenfalls das „Zweite Israel“ oder „Die Schwarzen“, denen man am liebsten aus der Distanz glaubensbrüderlich verbunden geblieben wäre. Einige dieser orientalischen Israelis sehen wiederum in den Aschkenasim eigentlich „Aschkenazim“. Kurzum: Vorurteile, Abneigung und Distanz bestehen auf beiden Seiten.

Trotz dieser ausgeprägten Unterschiede ist die innerjüdische Integrationsleistung der vergangenen vierzig Jahre höchst eindrucksvoll, ließen sich noch leichter Zahlen, Meinungserhebungen, Daten und Fakten vorlegen, die zeigten, wie sehr sich materiell und ideell die Situation der orientalischen Juden verbessert, ja, angeglichen hat. Vielen Aschkenasim fiel es gewiß schwer, sich an ein „orientalisiertes“ oder auch nur teilweise „orientalisiertes“ Israel zu gewöhnen. Verglichen mit vielen Westeuropäern, auch Westdeutschen, haben sie sich jedoch an die „Ausländer“ im Inland bestens gewöhnt. Anders als in Westeuropa wurde aus dem „orientalischen“ Mitbewohner des Staates ein weitgehend integrierter und akzeptierter Mitbürger.

Die für den künftigen Charakter des Staates wahrscheinlich entscheidende Bewährungsprobe steht allerdings noch bevor: die politische und gesellschaftliche Integration der arabisch-palästinensischen Israelis²⁷⁾. Wer die Situation der Araber/Palästinenser in Israel im Jahre 1948 mit der heutigen vergleicht, wird — aufgrund seiner politischen Überzeugungen vielleicht grollend — einräumen müssen, daß sich ihre Lebensqualität wie ihre Zahl

²⁶⁾ Vgl. M. Wolffsohn, Politik (Anm. 5), S. 447 ff.

²⁷⁾ Zur Problematik der Bezeichnung dieser Gruppe vgl. M. Wolffsohn, Israel: Politik (Anm. 5), S. 190.

außerordentlich verändert hat²⁸). Damals waren sie knapp 150 000, heute sind es fast 800 000.

In den Jahren 1948 bis 1958 waren die israelischen Araber vom Schock der Jahre 1947 bis 1949 politisch wie gelähmt. Die gesamtarabische Begeisterung über den damaligen ägyptischen Präsidenten Nasser schwappte 1957/58 auch zu ihnen über, wurde aber von den israelischen Behörden kontrolliert und damit neutralisiert. Das palästinensische und arabische, letztlich das politische Wiedererwachen der israelischen Araber begann nach dem Juni-Krieg 1967 — also paradoxerweise mit israelischer Hilfe: Sie konnten sich nun wieder mit Palästinensern im Gaza-Streifen sowie im Westjordanland treffen und aussprechen. Außerdem erlaubte Israel auf Initiative des damaligen Verteidigungsministers Mosche Dajan den fast ungehinderten Verkehr von Menschen und Waren nach Jordanien. Man nannte dies die „Politik der offenen Brücken“, und von Jordanien aus war der Weg in alle und von allen arabischen Staaten offen. Die Politik der offenen Brücken schlug Brücken zur gesamt-palästinensischen und gesamt-arabischen Politik. Sie wirkte auf den jüdischen Staat negativ zurück, wo sich die „israelischen Araber“ nun wieder zunehmend als „Palästinenser“ fühlten. Das Aufsehen, das die PLO — wodurch auch immer — weltweit auf sich zog, förderte die Re-Palästinensierung der israelischen Araber, wo außerdem eine neue politische Generation herangewachsen war. Diese hatte die Spielregeln der Demokratie in Israel kennengelernt und war entschlossen, sie zu ihren eigenen Gunsten anzuwenden. Psychologischen Auftrieb erhielten sie 1973 durch den Jom-Kippur-Krieg und den damals erfolgreichen Einsatz der arabischen Ölwanne. Erstmals schien damals der jüdische Staat verwundbar. Im März 1976 wurde am „Tag des Bodens“ das selbstbewußtere Vorgehen der israelischen Araber sichtbar, auch wenn es gewaltsam eingedämmt wurde. Die seit 1979 (Revolution im Iran) ausstrahlende Radikalisierung des Islam und die seit Ende der siebziger Jahre an Heftigkeit zunehmende Auseinandersetzung zwischen Israel und der palästinensischen Nationalbewegung in den besetzten Gebieten sowie im Libanon mobilisierte auch die israelischen Araber. Der „Aufstand der Palästinenser“ in den besetzten Gebieten dokumentierte zur Jahreswende 1987/88 die immer heftigere Palästinensierung der israelischen Araber. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

²⁸) Ausführlich dazu M. Wolffsohn, ebd., Kap. VI/1/a und VI/3. Zum historischen Hintergrund wichtig Yosef Gorny, *Zionism and the Arabs*, Oxford 1987.

Aus zwei Gründen konnte die über jeden objektiven Zweifel erhabene Verbesserung ihrer ideellen und materiellen Lebensbedingungen die israelischen Araber subjektiv nicht befriedigen: Erstens vergleichen sie verständlicherweise ihre heutige Situation weniger mit jener, die vor vierzig Jahren unter drückender jordanisch-ägyptischer Vorherrschaft bestand; sie blicken vielmehr auf ihre jüdischen Landsleute und registrieren dabei die nach wie vor vorhandene, sehr große jüdisch-arabische Lücke. Zweitens leben sie als Nichtjuden im jüdischen Staat, wodurch — sogar bei größter jüdischer Toleranz — ihre Fremdheit grundsätzlich vorgegeben ist²⁹). Zwei Völker beanspruchen dieses eine Land als ihr Land (Martin Buber). Es ist geschichtlich jüdisches und arabisches Land, wobei nur diejenigen ernsthaft darüber streiten können, wem es länger und mehr gehört, und die der jeweils anderen Seite ihre Rechte grundsätzlich streitig machen wollen. Auch die Araber sind also in Israel zuhause; trotzdem sind sie Fremde. Sie sind Miteigentümer des Hauses, ohne es zu besitzen, und bleiben auf die Duldung durch die Juden angewiesen. Ihre Rechte und demokratischen Freiheiten, zu denen die gleichberechtigte Ausübung des Wahlrechtes gehört, übertreffen zweifellos die in den meisten arabischen Staaten bestehenden politischen Entfaltungsmöglichkeiten. Aber diese Rechte und Freiheiten werden ihnen von den „anderen“, den Juden, gewährt. Sie fürchten als Araber, daß diese Rechte im jüdischen Staat Rechte auf Abruf oder Widerruf sein könnten. Sie erinnern sich nämlich, daß sie bis Ende 1966 unter israelischer Militärverwaltung lebten und strengen Kontrollen unterlagen, die ihre Bewegungsfreiheit in jeder Hinsicht erheblich einengten.

Auch ohne eine Eingliederung der seit 1967 besetzten Gebiete ist die Zahl der arabischen bzw. palästinensischen Einwohner des israelischen Kernlandes so beträchtlich gewachsen, daß sie sich langfristig auf der Ebene ihrer politischen Repräsentanten und im politischen Selbstverständnis des Staates widerspiegeln muß — es sei denn, Israel verzichtete auf seine Demokratie. Politisch und in seinem Selbstverständnis ist der jüdische Staat tatsächlich jüdisch geblieben; seine Gesellschaft ist und wird in Zukunft noch mehr eine jüdisch-arabische sein.

²⁹) Zu Umfragen zum Selbstverständnis vgl. Sammy Smooha/Don Peretz, *The Arabs in Israel*, in: *Journal of Conflict Resolution*, 26 (1982) 3, S. 451–484; Mahmoud Mi'ari, *Traditionalism and Political Identity of the Arabs in Israel*, in: *Journal of Asian and African Studies*, 22 (1987) 1–2, S. 33–44.

Wenn wir die Juden als „Nation“ bezeichnen — und vieles spricht dafür —, dann ist Israel zwar der Nationalstaat der Juden; die Gesellschaft Israels ist jedoch binational. Der staatlich-politische Überbau entspricht also nicht der gesellschaftlichen Basis. Im Bild gesprochen: Das Dach ist jüdisch, das Haus jüdisch-arabisch. Irgendwann wird das Haus entweder umgebaut oder zusammenbrechen.

Noch grundsätzlicher würde eine Annexion der besetzten Gebiete den jüdischen Charakter des jüdischen Staates verändern. Die Gesellschaft des Jüdischen Staates wäre dann noch mehr als ohne die Gebiete jüdisch-arabisch. Den heutigen 3,6 Millionen Juden stünden 2,1 Millionen und nicht mehr „nur“ 800 000 Araber gegenüber. Gewährte man dieser großen nichtjüdischen Minderheit keine Gleichberechtigung, gäbe man die Demokratie auf. Langfristig kann der Jüdische Staat daher nicht sowohl demokratisch als auch jüdisch bleiben; er muß jüdisch-arabisch werden, wenn er demokratisch bleiben soll.

Es mehren sich seit den frühen achtziger Jahren im jüdischen Teil der israelischen Politik und Gesellschaft die Stimmen derer, die das Problem erkennen und aussprechen. Sie wollen, daß Israel ein jüdischer Staat bleibt, und warnen deshalb vor einer Annexion der Gebiete. Die fortdauernde Kontrolle über die dort lebenden Palästinenser würde Israel in einen „rassistischen“ Staat verwandeln, erklärte Verteidigungsminister Rabin, der nicht als politische „Taube“ gilt³⁰). Doch auch ohne diese Frage der Annexion bleibt das eigentliche Problem bestehen; denn selbst ohne die Palästinenser der besetzten Gebiete wird das israelische Kernland in seiner Gesellschaft immer mehr jüdisch-arabisch. Auf der politischen Ebene muß und wird sich ein Wandel vollziehen, in die eine oder andere Richtung. Der Verfasser neigt aufgrund der seit 1982 (Libanon-Krieg gegen die PLO) zunehmend selbstkritischen Einschätzung maßgeblicher Politiker und Multiplikatoren in Israel zu der Auffassung, daß die Demokratie bleiben, der zionistisch-jüdische staatliche „Überbau“ sich allmählich der jüdisch-arabischen

³⁰) Israelischer Rundfunk, 22. 2. 1988, in: Deutsche Welle, Monitor-Dienst Nahost, 23. 2. 1988, S. 4. Ähnlich einige Wochen zuvor der eher als „Taube“ zu bezeichnende Ex-Außenminister Abba Eban. Wenn der jüdische Charakter des jüdischen Staates nur durch blutige Unterdrückung der Araber möglich sei, trete er für einen jüdisch-arabischen Staat ein, meinte er als Reaktion auf die Aktionen des israelischen Militärs gegen die seit Dezember 1987 rebellierenden Palästinenser in den besetzten Gebieten.

gesellschaftlichen „Basis“ angleichen wird³¹). Gegen antiarabische Militanz schließen sich immer mehr verantwortungsbewußte Juden in Israel zusammen.

Daß andererseits extrem antiarabische Tendenzen in den achtziger Jahren ebenfalls stärker wurden, kann man freilich nicht verschweigen, und diese gegenläufige Entwicklung dämpft den Optimismus: Bei den Knesset-Wahlen des Jahres 1984 errang der militant antiarabische Rabbiner Kahana erstmals einen Sitz im israelischen Parlament. Seit 1973 hatte er sich hierum immer wieder vergeblich bemüht. Stärker geworden ist auch die extrem jüdisch-nationalistische Tehija-Partei, die 1979 aus Protest gegen den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag gegründet wurde. Der Gedanke eines „Transfers“ der Palästinenser aus Israel und den besetzten Gebieten wurde seit 1987 erstmals nicht nur von Kahana, sondern auch von führenden nationalreligiösen und Likud-Politikern, ja von einigen ihrer Minister und Vizeminister öffentlich geäußert. Das Wort „Transfer“ löst in der geschichtsbewußten deutsch-jüdisch-israelischen Welt unliebsame Erinnerungen wach: 1933 schlossen die nationalsozialistischen Machthaber und die Jewish Agency ein Abkommen, das die Auswanderung deutscher Juden ermöglichte. Bis 1937 funktionierte es recht gut. Es war die pseudo-humane Vorstufe zur „Endlösung“: Die NS-Rassisten kamen ihrem Ziel näher, ein „judenreines“ Deutschland zu schaffen, ohne sich durch Judenmorde die Hände vorzeitig zu beschmutzen, und die Zionisten konnten Juden retten. Dieses Transfer-Abkommen war in der jüdischen Welt stets außerordentlich umstritten³²). Allein die Begriffswahl zeigt also nicht nur das mangelnde Gespür für jüdisch-arabische, sondern auch für innerjüdische Empfindsamkeiten.

³¹) Auch die Einstellungen der jüdisch-israelischen Öffentlichkeit hat sich seit 1967 den Arabern gegenüber eher entkrampft (vgl. Daten in: M. Wolffsohn, Israel, Polity [Anm. 15], S. 162). Wenn man die seit 1967 im Laufe der Jahre deutlich weniger vorurteilsbeladenen Einstellungen der jüdischen gegenüber der arabischen Bevölkerung feststellt (vgl. M. Wolffsohn, ebd., S. 162), kommt man ebenfalls zu dieser eher optimistischen Einschätzung. Zur starken Selbstbespiegelung beider Seiten vgl. jedoch Sammy Smooha, Jewish and Arab Ethnocentrism in Israel, in: Ethnic and Racial Studies, 10 (1987) 1, S. 3–26. Dort auch Hinweise auf Smoohas frühere Umfragen bei Juden und Arabern.

³²) Vgl. Edwin Black, The Transfer Agreement, London 1984. Auch Francis R. Nicosia, The Third Reich and the Palestine Question, London 1985, Kap. 3. Historische Ironie: In den dreißiger Jahren waren es vor allem Politiker aus der Vorläuferorganisation des heutigen Likud, die das von den zionistischen Sozialisten ausgehandelte Transfer-Abkommen heftig kritisierten.

Volle politische und bürgerliche Rechte, also Demokratie, wollten im Mai 1987 nur 40 Prozent der 15- bis 18jährigen jüdischen Israelis ihren arabischen Mitbewohnern gewähren³³), und ähnliche Werte ergab zur Jahreswende 1987/88 eine Umfrage bei jüdisch-israelischen Lehrern. Bemerkenswert war dabei außerdem die Selbsteinschätzung dieser Erzieher: 80 Prozent hielten sich für „Demokraten“³⁴). Diese Radikalisierung mit der Neigung zur Umwandlung der gesamtisraelischen Demokratie in eine jüdisch-israelische (unter Ausschluß der Araber/Palästinenser), dürfte eine Reaktion auf den palästinensischen Terror der vergangenen Jahre sein. Sie macht sich fatalerweise gerade zum jetzigen Zeitpunkt bemerkbar, da die Palästinenser erstmals in der Geschichte des arabisch-israelischen Konfliktes zur sanfteren Politik des zivilen Ungehorsams übergehen; nicht zur gewaltfreien, aber doch zur deutlich gewaltloseren und deswegen erfolgreicheren Politik.

Die zunehmende Mäßigung der Palästinenser einerseits und die Radikalisierung der jüdischen Israelis andererseits verdeutlichen auch folgende Umfragedaten aus dem Frühjahr 1985: Einen „binationalen Staat ohne Vertreibung der Juden“ akzeptierten 64 Prozent der Palästinenser im Westjordanland, 60 Prozent der israelischen Araber und nur 10 Prozent der jüdischen Israelis³⁵). „Die Gründung eines Palästinenserstaates und die Vertreibung der Juden“ betrachteten 1982 26 Prozent der israelischen Araber als „akzeptable Lösung“ des Konfliktes; 1985 waren es immerhin noch 23 Prozent, aber die Radikalität war eben rückläufig. Anders auf der jüdisch-israelischen Seite: Die „Eingliederung der Gebiete und die gleichzeitige Vertreibung der Palästinenser“ billigten 1982 „nur“ 30 Prozent, doch 1985 43 Prozent!³⁶)

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten bekannten sich also Israelis wie Palästinenser zur Gewalt als wichtigstem Mittel der Politik. Als israelisch-palästinensische „Ungleichzeitigkeit“ sollten wir diese Entwicklung bezeichnen. Sie wurde seit Dezember 1987 erkennbar, das heißt seit dem „Aufstand der Palästinenser“ in den besetzten Gebieten. Dieser Aufruhr kopiert zudem ein altes Erfolgsrezept der zionistischen Bewegung: Terrorisierte und drangsalierte Menschen erhalten mehr Sympathie als Terroristen und Drangsalierte. Märtyrer, nicht Täter sind eine politische Waffe — das ist der Leitgedanke. Besatzer sind keine Märtyrer, aber Besetzte. Die Besatzer können bestenfalls die echte Waffe zurückhaltend benützen. Die Israelis werden heute von den Palästinensern mit ihren eigenen früheren Waffen geschlagen. Nicht zuletzt deswegen haben sie noch keine Antwort auf die neue Herausforderung gefunden.

Der Glaube an und die Verpflichtung zur „Reinheit der Waffe“ (sofern es sie jemals geben kann) war Teil der Militärdeologie der wichtigsten zionistischen Gruppierungen vor der Staatsgründung. Sie galt danach als oberstes Gebot der „Israelischen Verteidigungstreitkräfte“ („Zahal“). Man hat es nach außen betont, und von Ausnahmen abgesehen haben die meisten Offiziere und Soldaten es verinnerlicht. Gab es in der Weltgeschichte je eine Besatzungsarmee, die ihre Waffen stets und dauerhaft „rein“ halten konnte? Der Verfasser kennt keine, und auch der israelischen ist es nicht gelungen. Außerhalb und — wichtiger noch — innerhalb Israels erkannte man diese Quadratur des Kreises seit 1967 zunehmend deutlicher. Der Libanon-Krieg gegen die PLO verstärkte diese Wahrnehmung, und offenkundig wurde die ungewollte, doch geradezu vorprogrammierte Brutalisierung der israelischen Besatzungsarmee seit Ausbruch der Revolte der Einwohner des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens im Dezember 1987. Die gegenwärtige Ziel- und Ratlosigkeit, das Dilemma der israelischen Soldaten, auch ihr inneres Ringen, dokumentieren vielleicht die folgenden Daten: Einerseits erklärten 70 Prozent im Februar 1988, das militärische Vorgehen Zahals gegen palästinensische Demonstranten würde ihre „Kampffähigkeit beeinträchtigen“³⁷). Andererseits billigten knapp

³³) Politische und gesellschaftliche Einstellungen der Jugend, (hebräisch), Dahaf-Institut im Auftrag der Van Leer-Stiftung (Jerusalem), September 1987.

³⁴) Befragung einer Forschungsgruppe des Lehrerseminars Oranim unter Leitung von Mosche Giladi, zitiert aus: Nili Mandler, Haaretz, 28. 2. 1988.

³⁵) Michael Inbar (Hebrew University)/Ephraim Yuchtman-Yaar (Tel-Aviv University), The People's Image of Conflict-Resolution: A Comparative Survey of Israelis and Palestinians, Tab. 2. Noch 1982 sprachen sich nur 35 Prozent der israelischen Araber für diese Lösung aus (Tab. 4). Mit einem Palästinenser-Staat im Westjordanland und Gaza-Streifen hätten sich 55 Prozent der Palästinenser im Westjordanland und 78 Prozent der israelischen Araber begnügt (Tab. 2). Den beiden Autoren sei herzlich für die Übersendung des noch unveröffentlichten Manuskriptes gedankt.

³⁶) Ebenda, Tab. 4. Je nach Fragestellung wurden bis zum Januar 1988 in diversen Befragungen Werte zwischen 20 und 30 Prozent ermittelt (vgl. Jerusalem Post, 11. 10. 1986; FAZ, 17. 7. 1987; Newsweek, 25. 1. 1988).

³⁷) Umfrage der Psychologischen Abteilung der Israelischen Streitkräfte, zitiert in: BBC Monitoring Service, Summary of World Broadcasts, Middle East, Africa, Latin America, 23. 2. 1988, S. I. 65 Prozent der Befragten sagten, sie hätten selbst gesehen, wie israelische Soldaten Einwohner der besetzten Gebiete „hart behandelten“ (ebd.).

80 Prozent diese Gewaltanwendung und meinten, man könnte nur mit Härte „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen³⁸⁾. Der für das Westjordanland verantwortliche General war dagegen angesichts der willkürlichen Grausamkeit einiger seiner Soldaten „sprachlos vor Schock“³⁹⁾. Er erkannte, daß Zahal sowohl die Palästinenser als auch die eigenen Ideale mit Füßen trat. Es ehrt einen großen Teil der israelischen Gesellschaft, daß sie schonungslos die eigenen Blößen aufdeckt und Radikale auch im eigenen Lager zu bändigen versucht.

Diese jüdisch-israelische Selbstkritik ist freilich auch notwendig, um nicht zuletzt vor sich selbst glaubwürdig zu bleiben: Angesichts der jahrhundertelangen Verfolgungen der Diasporajuden, der Pogrome und schließlich des Holocaust hatten sich die Staatsgründer Israels vorgenommen, im eigenen Land auch in bezug auf die Wehrhaftigkeit

einen „neuen jüdischen Menschen“ zu schaffen; einen Juden, der sich nicht mehr widerstandslos abschlachten lassen würde. „Nie wieder Opfer!“ „Eher frühzeitig und heftig, vielleicht auch zu stark, zuschlagen als gar nicht und dann möglicherweise wieder tot.“ — Das war der Grundgedanke aus dem Erlebten und Erlittenen. Die Strategie von Zahal muß man auch vor diesem Hintergrund sehen. Zahal wurde wehrhaft, militärisch erfolgreich, durch unerwartete Gelegenheiten und Gegebenheiten seit 1967 zur Besatzungsarmee, und dabei distanzieren sich viele junge Israelis offenbar von den Idealen der zionistischen Gründungsgrößen.

Die Distanz der Enkel zum Diasporatrauma, den zionistischen Idealen und der Gründergeneration wurde nicht nur zeitlich größer; man erkennt sie an der inneren und durch Anwendung geäußerten Einstellung zur Gewalt.

III. Ausblick: Vom weltlichen Messianismus zum Realismus

Die Frage nach dem jüdischen Charakter des Jüdischen Staates gilt nicht nur in bezug auf die Spannung zwischen Juden und Arabern; sie sorgt traditionell auch für innerjüdischen Zündstoff. Die jüdische Orthodoxie hatte von Anfang an ihre Schwierigkeiten mit dem Zionismus, der ihrer Meinung nach in den Gang der Geschichte und damit in „Gottes Werk“ eingriff. Von der extremen Ablehnung des Zionismus setzten sich frühzeitig die Nationalreligiösen ab. Sie wollten den „unjüdischen“ Zionismus, später den Staat Israel, von innen „jüdischer“ gestalten, ihn nicht von außen bekämpfen. Ein Teil der Orthodoxie hat sich diesem „Marsch durch die israelischen Institutionen“ seit den vierziger Jahren unter dem Eindruck des Holocaust angeschlossen. Kurz vor der Staatsgründung, im Juni 1947, schlossen Religiöse und Nichtreligiöse eine religionspolitische Vereinbarung, das „Status-Quo-Abkommen“. Er regelte das Was und Wieviel an angewandten jüdischen Geboten im künftigen jüdischen Staat. Zwar erwies sich dieser Status quo als sehr dynamisch, aber die dynamisierte Fassung hielt. Dazu gehörte auch die Nichtanerkennung des in den USA so mitgliedsstarken konservativen wie des Reformjudentums. Beide sind wesentlich libe-

raler als das orthodoxe Judentum, das in Israel ein Monopol über Personenstandsfragen verfügt, weil Israel keine Trennung zwischen „Kirche“ und Staat kennt — aufgrund des erwähnten Abkommens. Von konservativen und Reformrabbinern vollzogene Übertritte zum Judentum oder Eheschließungen wurden deshalb nicht amtlich anerkannt. Liberalisierungen wurden erst 1986/87 durchgesetzt, doch über diese Fragen ist noch nicht grundsätzlich entschieden.

Die Nichtreligiösen (ca. 70 Prozent der jüdischen Israelis) fühlen sich von den Religiösen „vergewaltigt“. Die Religiösen wollen einen Jüdischen Staat, und das bedeutet für sie einen an den religiösen Geboten orientierten Staat. Umstritten ist demnach nicht nur das Mischungsverhältnis von Religion und Staat, sondern die Mischung überhaupt. Wenn der Jüdische Staat freilich ein „Staat wie jeder andere“ wird, so ist es auch das Volk Israel, und genau dagegen sträubt sich die Orthodoxie. Die Frage wirft neben geistlich-religiösen auch brisante politische Probleme der Existenz auf: Wenn Israel nicht mehr religiös-jüdisch ist, hat es damit nicht auch die Rechtfertigung verspielt, das „Gelobte Land“, das „Heilige Land“ zu besiedeln? Das geschichtliche Aufbauwerk des modernen Israel wäre, wie jede historische Leistung, veränderbar; nicht metaphysisch und damit absolut, sondern relativierbar. Auch deswegen kommen seit ungefähr zehn Jahren

³⁸⁾ Militärinterne Repräsentativumfrage, zitiert in: Haaretz, 23. 2. 1988.

³⁹⁾ Süddeutsche Zeitung, 29. 2. 1988.

wieder mehr verunsicherte Israelis zu den Religiösen.

Die innerjüdische Relativierung des Absoluten, also des Religiösen, könnte für das jüdische Israel geradezu politisch selbstmörderisch werden, denn die Araber des eigenen Staates und die Palästinenser in den besetzten Gebieten wenden sich zunehmend der islamischen Religion zu. Auf diese Weise werden sie immer sicherer, während die jüdischen Israelis immer unsicherer werden. Für sie wurde alles relativ, für die Araber zunehmend absolut — eine weitere Ungleichzeitigkeit zwischen den Konfliktparteien.

Ob die Rückkehr zur alten, vielleicht sogar fundamentalistisch interpretierten jüdischen Religion die Antwort auf die neue Herausforderung ist, kann zumindest bezweifelt werden. Das jüdische Israel muß auch hier die Quadratur des Kreises finden, und ein religiös-jüdischeres Israel würde eine jüdisch-arabische Annäherung außerdem erschweren — weil es jüdische Exklusivität noch mehr betonen würde.

Die von pseudo-messianischen Hoffnungen durchdrungenen Gründungsgroßväter Israels sowie ihre Kinder und Enkel prallten auch in anderen Bereichen ebenfalls auf den harten Boden der Wirklichkeit. In der *Wirtschaft* wurde das landwirtschaftliche Pionierideal („Chalutzit“) von der industriellen Wirklichkeit überlagert, die Landwirtschaft mechanisiert, mit der industriellen Produktion verflochten und damit völlig umgestaltet⁴⁰⁾. Diejenigen Kollektivsiedlungen („Kibbutzim“) oder landwirtschaftlichen Genossenschaften („Moschawim“), die den Anschluß verpaßten, kämpfen ums Überleben.

Auch ideologisch hat man Abstriche hingenommen: Die einst verpöhlte Lohnarbeit ist sogar in den Kibbutzim längst zur Regel, „jüdische Arbeit“ („Awoda Iwrith“) oft durch arabische Lohnarbeit ersetzt worden. Viele der arabischen Lohnarbeiter kommen aus den besetzten Gebieten. Auf diese

Weise verletzt man gleich zwei Ideale der Gründungsgroßväter: „jüdische Arbeit“ und „Wehrhaftigkeit ohne moralische Beschmutzung“.

Das Ideal der „jüdischen Arbeit“ klingt neudeutschen Ohren geradezu rassistisch; so war es jedoch nie gemeint. Vielmehr strebten die Staatsgründer auch in der Wirtschaft einen „neuen jüdischen Menschen“ an. In der Diaspora durfte der Jude lange keine Landwirtschaft betreiben, nicht von seiner eigenen Hände Arbeit leben. Der blasse, durchgeistigte, doch körperlich schwache und wehrlose Jude sollte durch körperliche Arbeit im jüdischen Staat gesunden. Er sollte die zum Leben notwendigen Produkte in allen Stufen ohne Arbeitsteilung und „Entfremdung“ selber herstellen, andere nicht durch Lohnarbeit „ausbeuten“.

Auch in bezug auf die „reale Utopie“ des Zionismus und Israels erwies sich im Alltag die Realität stärker als die Utopie. Der Jüdische Staat ist ein Staat wie viele andere — mit bewundernswerten Leistungen und Fehlschlägen. Das ist im allgemeinen Wert- und Weltmaßstab weder Schande noch Bankrotterklärung, sondern eher angesichts der enormen Probleme und Aufgaben Israels ein hervorragendes Reifezeugnis. An den Wertmaßstäben gläubiger Juden gemessen, ist es freilich ein Armutszeugnis, denn das „auserwählte Volk“ dürfe sich nicht damit begnügen, „wie alle anderen Völker“ zu sein. Die Auserwähltheit sei nicht Belohnung und Auszeichnung, sondern Verpflichtung. Ein jüdischer Staat müsse messianische Erwartungen nicht nur wecken, sondern erfüllen.

Wir haben zu zeigen versucht, daß der Zionismus und der Staat Israel die orthodox-messianischen Hoffnungen von der Heilsgeschichte in die weltlich-reale Geschichte zu übertragen versuchten. In Anlehnung an Gershom Scholem sprachen wir von einem „Pseudo-Messianismus“. Damit waren allerdings Enttäuschungen vorprogrammiert. An dieser Enttäuschung leidet Israel am meisten. Das bedrückt auch seine Freunde, und so mancher enttäuschte Freund wurde zum Kritiker. Ich meine, alle sollten realistischer werden und sich nicht weiterhin an pseudo-messianische Hoffnungen klammern. Sie würden dann die Erwartungen den Möglichkeiten anpassen. Der Verzicht auf die für die eigene Seite beste Lösung dürfte die Wahl der zweitbesten erleichtern. Das gilt natürlich auch für die Palästinenser.

⁴⁰⁾ Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in: Yoram Ben-Porath (Hrsg.), *The Israeli Economy*, Cambridge, Mass., 1986; M. Wolffsohn, *Israel, Politik* (Anm. 5), Teil C: *Wirtschaft*. Aus Platzgründen können wir in diesem holzschnittartigen Versuch einer Gesamtwürdigung des Staates nicht ausführlicher die wirtschaftliche Entwicklung erörtern. Das gilt auch in bezug auf andere Bereiche, zum Beispiel das Rechtswesen oder die Kultur.

Die Juden in der Diaspora

I.

Neben dem Staate Israel sind heute die Vereinigten Staaten von Amerika das wesentliche Zentrum für die Juden in der Welt. Diese neue Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg hängt mit der fast völligen Ausrottung des osteuropäischen Judentums zusammen. Die großen Zentren in Polen und im Baltikum fielen der Vernichtung anheim. Die Juden in der Sowjetunion haben keine direkte Verbindung mit den Juden der Welt; ihre religiöse und kulturelle Aktivität ist stark eingeschränkt. Daher steht heute neben dem Staat Israel das amerikanische Judentum im Mittelpunkt.

Die genaue Zahl der amerikanischen Juden ist schwer feststellbar, da eine Registrierung im Sinne jüdischer Gemeinden, etwa wie in der Bundesrepublik Deutschland, nicht existiert. Man schätzt die Zahl der Juden in den USA auf 5,8 Millionen. Die Juden sind in das Leben der amerikanischen pluralistischen Gesellschaft integriert, aber diese Integration erfolgt nicht ohne Probleme. Die an sich erwünschte Integration kann in einen Konflikt mit dem Überleben als einer jüdischen Gruppe geraten. Diese Frage stellt sich gerade in diesen Jahrzehnten, in denen nicht nur eine zweite Generation amerikanischer Juden herangewachsen ist, sondern eine dritte oder vierte. Hier stellt sich dann das Problem nach den jüdischen Inhalten. Die Zugehörigkeit zu jüdischen Gemeinden ist oft nur lose. Es bleibt vor allem eine emotionale Bindung an eine wie auch immer geartete jüdische Tradition und an den Staat Israel. Dieser hat für nicht wenige amerikanische Juden eine Art von Ersatzreligion angenommen; daher sind amerikanische Juden in vielfacher Beziehung mit dem Geschehen im Staate Israel verbunden. In den Zusammenhang der Integration gehört auch das Problem der Mischehe, wobei jedoch häufig Übertritte besonders der nichtjüdischen Frauen zum Judentum stattfinden. Genaue Zahlen für die Gegenwart liegen nicht vor. Um das Jahr 1970 heirateten 41 Prozent jüdischer Männer nicht als Jüdinnen geborene Frauen, wobei 30 Prozent dieser Frauen zum Judentum übertraten. Im ganzen ergab die Zahl der glaubensverschiedenen Ehen daher nur 22,5 Prozent.

Stärker als in anderen Ländern ist das jüdische Vereinsleben in den USA entwickelt. Heute werden nicht weniger als 2 100 jüdische Organisationen in Amerika gezählt. Das mag keine typische jüdische Eigenschaft sein, denn schon Alexis de Toqueville beschrieb 1831 die amerikanische Nation als ein Volk, das für zahlreiche Zielsetzungen ständig neue Gesellschaften gründet. Das gilt in besonderem Maße für die Juden. Das Organisationsleben ist derartig üppig, daß eine Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Organisationen notwendig war, die als ein konsultatives Gremium die jüdische Bevölkerung bei der amerikanischen Regierung vertritt. Die älteste und größte jüdische Organisation Amerikas ist der B'nai B'rith (Söhne des Bundes), 1843 in Amerika von deutschen Juden gegründet, ist diese Organisation heute auf zahlreichen Gebieten tätig, vor allem hinsichtlich der Beziehungen zur christlichen Umwelt (Anti-Defamation League/ADL), der Erwachsenenbildung sowie der Betreuung der jüdischen Studenten auf dem Campus der Universitäten (Hillel-Foundation). Der B'nai B'rith tritt für die Interessen der jüdischen Gemeinschaft in der ganzen Welt ein. Er hat seine Zentren in Washington und New York und ist gemeinsam mit seiner Frauen- und Jugendorganisation die mitgliederstärkste jüdische Gemeinschaft in der Welt. Im Unterschied zu anderen Organisationen handelt es sich hier um eine Mitglieder- und nicht um eine Dachorganisation.

Eine angesehene Stellung nimmt auch das 1906 gegründete American Jewish Committee ein, das vor allem vom oberen jüdischen Mittelstand unterstützt wird, für die Rechte der Juden in Amerika und anderwärts eintritt, und wie die ADL des B'nai B'rith sich auch den christlich-jüdischen Beziehungen widmet. Der American Jewish Congress tritt für die Beseitigung rassistischer und religiöser Vorurteile ein. Der ebenfalls in New York beheimatete World Jewish Congress ist eine Dachorganisation, die jüdische Gemeinschaften in der Welt sowie nationale Organisationen in den USA vertritt. In den politischen Zielsetzungen unterscheiden sich diese Organisationen kaum voneinander, wohl aber in

der soziologischen Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Alle diese Gremien haben ein positives Verhältnis zu Israel, das durch vielfältige Bande, Besuche und Kontakte, auch mit der israelischen Regierung, zum Ausdruck kommt. Man wird daher durchaus von einer jüdischen Lobby reden können, so wie auch andere Volksgruppen ihre „Lobbies“ haben.

Als Interessenvertreter gegenüber dem Staat Israel besteht das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC). Wenn zweifellos hier auch Einflüsse vorhanden sind, so sollten diese jedoch nicht überschätzt werden. Da, wo die amerikanische Regierung meint, spezifische Interessen vertreten zu müssen, erfolgt dies auch trotz vehementen Protestes jüdischer Organisationen (z. B. der Verkauf der Awacs an Saudi-Arabien 1981 sowie Waffenlieferungen an arabische Staaten im allgemeinen).

Ein weiteres Betätigungsfeld des amerikanischen Judentums ist sein Einsatz für die Familienzusammenführung der heute noch rund 2,1 Millionen sowjetischen Juden. Seit der Mitte der siebziger Jahre konnten 250 000 Juden die UdSSR verlassen. In den letzten Jahren ist ein starker Rückgang dieser Auswanderungstendenz erfolgt; er liegt derzeit bei 10 000 jüdischen Menschen pro Jahr. Ohne den beständigen Druck der amerikanischen Judenheit wäre die Auswanderung nicht möglich gewesen. Angesichts der politischen Situation im Staate Israel wandern jedoch nur etwa ein Drittel der sowjetischen Juden nach Israel aus.

Neben der sozialen und politischen Strukturierung gliedert sich das amerikanische Judentum vor allem in drei große religiöse Richtungen, die einen erheblichen Einfluß auf das jüdische Leben in Amerika ausüben. Es ist zum einen die Orthodoxie in ihren verschiedenen Schattierungen, die ihr geistiges Zentrum in der Yeshiva-University in New York besitzt. Diese Bewegung ist in keiner Weise einheitlich, betont aber die religiöse jüdische Tradition. Eine modernere Richtung nimmt zum anderen das konservative Judentum ein, dessen Zentrum das Jewish Theological Seminary in New York ist. Es bildet, wie auch die Yeshiva-University, Rabbiner aus. Die dritte große Richtung stellt schließlich das Reformjudentum dar, das ebenfalls in sich selbst nicht einheitlich ist, aber am weitesten von der jüdischen Tradition abweicht und die größte Flexibilität aufweist. Seine Rabbinerausbildung findet am Hebrew Union College — Jewish Institute of Religion in Cincinnati und New York statt.

Diese großen Richtungen (20 Prozent Orthodoxe, 40 Prozent Konservative und 40 Prozent Reform) haben neben den genannten wissenschaftlichen Institutionen machtvolle Rabbiner- und Laiengremien, welche die jeweilige Politik der betreffenden Organisationen bestimmen. Die drei Richtungen versuchen ein Minimum an Gemeinsamkeit aufzuweisen; dies erfolgt im Synagogue Council of America, einer Art von Dachorganisation. Die Zusammenarbeit der einzelnen Gemeinschaften erfolgt nur auf politischem und sozialem Gebiet, nicht auf religiösem. Hier haben sich in den letzten Jahren die Spannungen eher noch verschärft, zumal sowohl die Reformbewegung als auch die Konservativen durch die Zulassung von Frauen zum Rabbinerstudium sich von der jüdischen Tradition, wie sie die Orthodoxie versteht, entfernt haben. Eine etwa sich verstärkende Einheit zwischen den einzelnen Richtungen ist daher nicht sichtbar.

Die Frage, inwieweit das wie auch immer geartete religiöse Judentum wieder eine zentralere Rolle in Amerika spielt, ist heute nicht beantwortbar. Das hängt vor allem mit dem Problem zusammen, wie nun die dritte und vierte Generation amerikanischer Juden sich in Zukunft selbst versteht. Es ist schwer einzuschätzen, in welcher Weise diese Juden an das jüdische Verständnis ihrer Großväter anknüpfen können, zumal in den letzten Jahren manche neuen Entwicklungen im amerikanischen Judentum zu verzeichnen sind. Es ist nicht nur die emotionale Hinwendung zum Staate Israel, die einen Teil der jüdischen Identität mitbestimmt, sondern auch die erst erstaunlich späte Realisierung der Tatsache der Shoa (Holocaust). Die mitentscheidenden Fragen wurden erst in den letzten zehn Jahren gestellt: Warum haben die USA nicht mehr für die verfolgten Juden getan? Warum wurde Dresden zerstört, nicht aber die Zufahrtswege nach Auschwitz? Welche Werte sind dem Judentum durch den Untergang der Juden in Zentral- und Osteuropa verloren gegangen? Diese und andere Fragen haben zu einer bisher nicht gekannten Belebung jüdischer Studien an amerikanischen Universitäten geführt, und es zeichnet sich das Suchen nach neuen jüdischen Identitäten, Zugehörigkeiten und auch nach dem Ernstnehmen religiöser Praxis ab.

Niemand vermag vorauszusehen, in welcher Weise sich das Denken und Fühlen der dritten und vierten Generation entwickelt. Eines ist aber bisher mit Sicherheit durchgehalten worden: die stabile Bezie-

hung zum Staate Israel, unabhängig von der jeweiligen Regierung und ihrer Politik, selbst wenn diese im Widerspruch zu den Wünschen der amerikanischen Regierung steht. Erstaunlicherweise ist bisher eine Kritik an der Politik Israels in den USA durch jüdische Organisationen in öffentlichen Erklärungen weitgehend ausgeblieben. Das zeugt nicht von einem Desinteresse, wohl aber von einer starken Solidarität und dem Bewußtsein der Nichteinmischung in die politische Szene des demokratischen Staates Israel. Gerade auch in Krisenzeiten der verschiedensten Art hat sich dieses Band mit der amerikanischen Diaspora eher verstärkt. Es bleibt in jedem Fall das konstante Merkmal jüdischer Identität amerikanischer Juden. In diesem Zusammenhang ist es charakteristisch, daß antizionistische Gruppierungen in den USA keinerlei Erfolg beschieden war. Sie haben bestenfalls sektiererischen Charakter und fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht.

Die moralische und materielle Unterstützung durch die amerikanischen Juden ist bisher durch keine einzige Krise erschüttert worden, und es sieht auch nicht so aus, als ob sich hier etwas ändern wird. Dazu hat sehr entscheidend auch beigetragen, daß die politischen und religiösen Institutionen des amerikanischen Judentums ihre Stützpunkte im Staate Israel besitzen und junge konservative und Reform-Studenten der rabbinischen Hochschulen ein Pflichtjahr in Israel zu absolvieren haben. Der Staat Israel hat daher in den amerikanischen Juden seine wirkungsvollsten Bundesgenossen. Angesichts dieser Tatsache mag sich für einen Europäer die Frage nach einer „doppelten Loyalität“ für die amerikanischen Juden stellen. Das ist für diese jedoch keinerlei Problem, da gerade amerikanische Bürger vielerlei Loyalitäten haben — sei es gegenüber ihren kirchlichen Gemeinschaften, ihren Landsmannschaften oder sonstigen politischen oder sozialen Institutionen. Die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppierungen (etwa den Institutionen der katholischen Kirche) ist in den USA stärker ausgeprägt als in anderen Ländern. Gerade weil sich in den USA die stärkste Judenheit der Welt befindet, bestehen zwischen den Konfessionen auch ausgeprägtere Beziehungen. Das gilt auch für die katholisch-jüdischen Beziehungen. Die großen jüdischen Organisationen haben sich zu einem International Jewish Committee on Interreligious

Consultations (IJCIC) zusammengeschlossen, um möglichst mit einer Stimme gegenüber den christlichen Konfessionen zu sprechen. Eines der Anliegen gerade von IJCIC ist es, die bisher ausgebliebene Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan zu erreichen. Viele Juden sehen in einer solchen Anerkennung einen Beweis für die Ernsthaftigkeit der Wende in den katholisch-jüdischen Beziehungen.

Die Gestaltung des Verhältnisses zu den protestantischen Gruppierungen ist deshalb komplizierter, weil diese in zahlreiche Denominationen zersplittert sind. Es besteht aber kein Zweifel, daß der amerikanische Pluralismus auch hier dafür gesorgt hat, daß die Beziehungen zu den protestantischen Gruppen sich in den letzten Jahren verbessert haben. Das gilt besonders auch für den Lutherischen Weltbund.

Die Verteilung der Juden in den amerikanischen Staaten ist unterschiedlich. Die größte Zahl befindet sich im Staate New York, wo bei einer Bevölkerung von rund 17,7 Millionen etwa zwei Millionen Juden leben, also über zehn Prozent. Dem folgt New Jersey mit 5,6 Prozent, Florida mit 4,7 Prozent, Massachusetts mit 4,7 Prozent, Maryland mit 4,6 Prozent. Am geringsten ist die Zahl der Juden in Arkansas, Idaho, Mississippi, Montana mit 0,1 Prozent.

Voraussagen über die Zukunft des amerikanischen Judentums lassen sich nicht machen. Sicher ist jedoch, daß sich in absehbarer Zukunft die Strukturen in der amerikanischen Judenheit nicht ändern werden, sich somit die Frage stellt, welche neuen Inhalte die jüdische Identität erhält jenseits der emotionalen Bindung an den Staat Israel, des Eintretens für die Juden in der UdSSR sowie an das Erinnern der Shoa. Gewiß wird eine Antwort auf diese Frage auch dadurch bestimmt werden, ob weitere Fortschritte bei der Überwindung der Vorurteile erfolgen, oder ob ein Kampf gegen antisemitische Bestrebungen zu einem inneren Energieverlust führt. Dies scheint derzeit nicht der Fall zu sein, und so ist zu hoffen, daß allmählich eine geistige Regeneration stattfindet. Das jedoch wird um so eher erfolgen können, wenn die amerikanische Judenheit nicht in erster Linie um die Sicherheit und das Überleben des Staates Israel besorgt sein muß.

II.

Das französische Judentum ist — anders als etwa das schweizerische oder deutsche — relativ lose organisiert. Die jüdische Bevölkerung Frankreichs wird heute auf rund 550 000 Menschen geschätzt. Die Unklarheit über die wirkliche Zahl rührt aus der Tatsache her, daß, ähnlich wie in Amerika, die erklärte Zugehörigkeit zu einer Gemeinde freiwillig ist. Auf der anderen Seite gibt es durchaus gemeindeübergreifende Institutionen wie das Consistoire, die das religiöse Leben organisieren. Die politische Dachorganisation der Juden ist der CRIF (Conseil Représentatif des Institutions Juive de France). Wie der Name sagt, handelt es sich um eine Organisation, in der zahlreiche jüdische Gremien Frankreichs vertreten sind.

Rund 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung Frankreichs ist nordafrikanischer Herkunft. Das Consistoire wird jüdisch-orthodox geführt. Die religiös-liberale Bewegung ist zwar aktiv, aber zahlenmäßig gering, gleichwohl sind die Hälfte der Ehen von Juden Mischehen. Die stärkste Bindung innerhalb des französischen Judentums erfolgt durch die Hinwendung zum Staate Israel. Der Gründungstag dieses Staates im April ist Anlaß zu großen jüdischen Manifestationen im Lande. Der Einsatz für den Staat Israel bildet also auch hier einen wesentlichen Inhalt für die jüdische Identität. Diese Tatsache gilt noch mehr für die Provinz als für Paris selbst, weil in der Metropole darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten existieren, um jüdische Bildung zu erwerben. Das gilt besonders etwa für das Raschi-Zentrum in Paris oder für die verschiedensten Institutionen der Pariser Universitäten, an denen vor allem auch das moderne Hebräisch unterrichtet wird. Für das kulturelle Leben Frankreichs, gerade auch außerhalb von Paris, hat der B'nai B'rith seine besonderen Aufgaben für die Erwachsenenbildung wie auch für eine ausgedehnte Jugendbewegung.

Die rassistische Haltung der rechtsextremen nationalen Front von Jean-Marie Le Pen hat ebenfalls zu einer Stärkung des jüdischen Bewußtseins geführt, wenn auch auf dem Hintergrund der Abwehr des Antisemitismus. Stärker jedoch bildet die Beziehung zum Staat Israel und die ständige Aufmerksamkeit, die die israelische Politik in der Welt erregt, Anlaß zur jüdischen Aktivität.

Es hat sich in der Geschichte gezeigt — und diese Tatsache gilt auch heute noch —, daß Frankreich

eine ungemein starke Assimilationskraft auf die Juden ausübt und schon in der zweiten Generation eine starke Integration erfolgt, oft einhergehend mit dem Schwinden religiöser Bindungen, doch ohne Negation der jüdischen Vergangenheit. Ein recht charakteristisches Beispiel bildet der Erzbischof von Paris, Jean-Marie Lustiger, der, obwohl als junger Mensch getauft, sich weiterhin seiner jüdischen Abstammung bewußt ist.

Es waren vor allem Terrorakte auf eine Synagoge und ein jüdisches Restaurant, die zu einer traumatischen Besinnung der französischen Juden geführt haben, und diese hat in Richtung auf eine weitere Verstärkung der Bande mit dem Staate Israel geführt. Diese Tatsache schließt eine Kritik an der Politik der jeweiligen israelischen Regierung nicht aus. Eine solche Haltung unterscheidet die französischen Juden eher von den amerikanischen, wo Kritik an Israel in der jüdischen Öffentlichkeit zurückhaltender geübt wird.

Die Zukunft der französischen Juden mit ihrem starken Trend zur Assimilation und zur Mischehe ist ungewiß. Es ist wahrscheinlich vor allem Israel, das jüdische Bindungen aufrechterhält. Wie in den USA haben sich im übrigen auch in Frankreich Juden in den politischen Parteien engagiert, stärker bei den Sozialisten als anderwärts. Sie haben dabei in verschiedenen Perioden angesehen Positionen im Staat eingenommen. Obwohl das französische Judentum zahlenmäßig wahrscheinlich stärker ist als das ehemals deutsche vor 1933, hat sich jedoch ein ähnlich stark ausgeprägtes geistiges und kulturelles Leben nicht entwickeln können. Diese Tatsache hängt mit der jüdischen Bevölkerungsstruktur zusammen: 80 000 französische Juden wurden während der Shoa ermordet. Ein Teil des alten, bodenständigen Judentums (die sogenannten Israélites) hat sich assimiliert und ist im Verschwinden begriffen. Die seit 1945 in das Land eingeströmten nordafrikanischen Juden haben einstweilen noch andere Werte und andere Traditionen nach Frankreich mitgebracht, als nur die jüdische Kultur und Wissenschaft. Die zweite beziehungsweise dritte Generation dieser umfangreichen Bevölkerungsgruppe könnte aber dem französischen Judentum ein neues Gesicht geben, das aber derzeit noch keine deutlichen Umrisse besitzt.

III.

Das Judentum in Großbritannien wird heute auf 330 000 Menschen geschätzt, wobei die jüdischen Zentren London, Manchester, Leeds und Glasgow sind. Eher noch stärker als in Frankreich findet eine bedeutende Assimilation und eine Abkehr vom religiösen Judentum statt. Von jüdischen Männern, die zwischen 1950 und 1960 geboren wurden, heirateten nur die Hälfte in einer Synagoge. Die religiöse Richtung wird in England durch die Orthodoxie bestimmt, die in scharfen Auseinandersetzungen mit den zahlenmäßig geringeren progressiven Gruppen steht, welche aber eher an Einfluß gewinnen, recht dynamisch sind, und daher die Auseinandersetzung mit der Orthodoxie herausfordern. Die Beziehungen des englischen Judentums zum Staate Israel sind stark und die jüdische Identität wird daher auch dadurch konstituiert, daß sie politische Kontroversen auszufechten hat. Im Unterschied zu den meisten Sozialisten in Frankreich weisen einige Kreise in der Labour Partei antiisraelische Tendenzen auf. Die proarabischen Sympathien in der englischen Öffentlichkeit beziehungsweise antizionistische Aktivitäten motivieren hingegen die Juden für Israel.

Das englische Judentum ist vor allem durch die Dachorganisation des Board of Deputies vertreten. Er ist heute in Europa wahrscheinlich die bestorganisierte jüdische Vertretung und auch von der nicht-jüdischen Umwelt anerkannt. Diese Tatsache mag damit zusammenhängen, daß der Board zugleich die älteste jüdische Dachorganisation der Welt ist, die nunmehr seit 226 Jahren besteht. Wie in Frankreich ist der Einsatz der englischen Juden für die

Juden in der Sowjetunion beträchtlich, und es gelingt ihnen auch, die Parlamentsabgeordneten für diese Frage zu interessieren.

Dem jüdischen Erziehungswesen wird in England besonderes Gewicht beigemessen. Das gilt besonders für jüdische Schulen, von denen es 55 im Lande gibt. Zwei Rabbinerausbildungsstätten sorgen für rabbinischen Nachwuchs. Das Jews College mit seinen 55 Studenten vertritt die orthodoxe Richtung, das Leo Baeck College mit seinen 24 Studenten bildet liberale und Reform-Rabbiner aus. Ein Interesse an der Wissenschaft des Judentums ist zunehmend vorhanden, was auch aus einer ausgedehnten, geistig hochstehenden Buchproduktion hervorgeht. Die von der Regierung anerkannte Stellung der Juden kam im Jahre 1988 dadurch zum Ausdruck, daß der Oberrabbiner von England in das House of Lords gewählt wurde. Er ist der erste Rabbiner, dem eine solche Anerkennung zuteil wurde.

Wie auch in Frankreich ist es nicht möglich, die Zukunft des englischen Judentums vorauszusagen, zumal die Integration fortschreitet. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache: Nur 78 000 männliche Juden gehörten einer Synagogengemeinde an, davon 70,5 Prozent der Orthodoxie, 4,4 Prozent der rechtsextremen Orthodoxie, 2,7 Prozent der sephardischen Gemeinde, 15,2 Prozent der Reform- und 7,2 Prozent den liberalen Synagogen. Ob eine Belebung des Judentums außer dem Einsatz für Israel und für die sowjetischen Juden in absehbarer Zeit erfolgt, ist ungewiß.

IV.

Wir haben uns bisher mit der amerikanischen und den beiden großen europäischen Judenheiten befaßt. Grundsätzlich unterscheidet sich die Situation in anderen europäischen Ländern, in Kanada sowie in Latein-Amerika von den hier geschilderten Verhältnissen nicht sehr — abgesehen vielleicht von den quantitativen Unterschieden. Anders jedoch ist die Lage der Juden in der Sowjetunion. Sie werden dort als eine Nationalität anerkannt, deren Zahl rund zwei Millionen betragen mag. Davon leben 700 000 in der russischen Republik und 630 000 in der Ukraine. 40 Prozent der Juden leben in einer

Mischehe. Man schätzt die Zahl derer, die das Land verlassen wollen, auf rund 300 000. Diejenigen Juden, denen man die Auswanderung verweigert und die dennoch darauf pochen, bezeichnet man als 'Refuseniks'. Sie sind starken Pressionen ausgesetzt und werden unter den verschiedensten Vorwänden zu Gefängnis- und Lagerstrafen verurteilt.

Eine überregionale Organisation ist den Juden verboten. Es gibt in der gesamten Sowjetunion nur rund 60 Synagogen mit etwa zehn Rabbinern. Eine jüdische Erziehung ist nur im privaten Leben mög-

lich. Die wenigen jiddischen Zeitungen wie „Sovetish Haimland“ oder der „Birobidschaner Schtern“ sind nur in kleiner Auflage verbreitet. Jüdisches Theater wird gelegentlich, vor allem in Moskau, gespielt. Ein offener Antisemitismus ist selten, er erfolgt zumeist in der Form eines virulenten Antizionismus. Dieser kommt in allen sowjetischen Massenmedien vehement zum Ausdruck. Eine berufliche Diskriminierung der Juden findet durchaus statt. Im politischen Leben der UdSSR spielen Juden keinerlei Rolle. Der internationale Druck auf die Sowjetunion hat in den letzten Jahren die fast schon eingestellte Emigration wieder etwas belebt.

Die Zukunftsaussichten für die Juden in der Sowjetunion sind angesichts der neuen sowjetischen Politik noch unklar. Irgendwelche Fortschritte für die Ausübung jüdischer Kultur und anderer Menschen-

rechte sind bisher leider noch nicht sichtbar geworden. Kleine Gruppen sowjetischer Juden lernen Hebräisch, versuchen sich über das jüdische Geschehen in der Welt auf dem Laufenden zu halten, und kommen in privaten Zirkeln zusammen, was aber noch keine Zukunft des sowjetischen Judentums gewährleistet. Manches wird auch davon abhängen, ob die sowjetische Regierung wieder die 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnimmt und eine gegenüber Israel ausgewogenere Politik vertritt. In den letzten 20 Jahren und schon vorher war die sowjetische Politik völlig einseitig proarabisch, teilweise in Verbindung mit bösartigen Angriffen und irreführenden Behauptungen über den Staat Israel. Es wäre zu hoffen, daß sich diese Haltung ändert und die Sowjetunion eine entspanntere Haltung gegenüber Israel einnimmt. Ein solches Vorgehen könnte auch positive Folgen für die sowjetischen Juden haben.

V.

An einigen Ländern wurde die derzeitige Situation der Juden skizziert; andere jüdische Gemeinschaften sind nicht behandelt worden, weil ihre Problematik sich von der in den übrigen westlichen Ländern nur unwesentlich unterscheidet. Wir erwähnen in diesem Zusammenhang Kanada mit einem Bevölkerungsanteil von 310 000 Juden; in Argentinien leben 228 000 Juden, in Brasilien 100 000, in Südafrika 118 000, in Belgien 32 000, in Holland 26 000 und in der Schweiz 19 000 Juden. Alle diese Gemeinschaften sind in nur leicht unterschiedlicher Form strukturiert. Teilweise gibt es übergreifende Dachorganisationen (wie in der Schweiz, Belgien und Südafrika), teilweise besteht eine strukturelle Form wie in den USA. Die Beziehung der Juden dieser Länder zu Israel unterscheidet sich nirgends von der in den großen amerikanischen sowie westlichen Zentren. Überall gehört die Stellung zum Staate Israel zum Inhalt jüdischer Identität, selbst wenn man weit davon entfernt ist, jemals dorthin auszuwandern und man integrierter Bürger des Staates ist, in dem man lebt.

So zeigt sich in unserer Skizze, daß die Situation eines heutigen Juden sich viel weniger, als es auf den ersten Blick scheinen mag, in den einzelnen Staaten voneinander unterscheidet. Natürlich hat ein amerikanischer Jude andere Wertvorstellungen und gesellschaftliche Voraussetzungen als etwa ein europäischer, aber das gilt für Juden und Nichtju-

den in völlig gleicher Weise. Die Integration der Juden in Amerika und Europa ist in den letzten Jahrzehnten erheblich fortgeschritten. Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Juden gibt es kaum hinsichtlich rein jüdischer Inhalte, sondern aufgrund verschiedener Kulturen, in denen sie aufgewachsen waren oder in denen sie heute leben. Um so wichtiger ist daher gerade für alle Juden die Existenz des Staates Israel, weil er für das jüdische Bewußtsein eine Integrationskraft besitzt, die die Religion zumindestens teilweise verloren hat, und selbst das Erinnern an die Shoa wirkt kaum in übergreifender Weise gemeinschaftsbildend oder identitätsbestimmend. In den 40 Jahren der Existenz des Staates Israel ist ein völlig neues Element in die Geschichte und das Bewußtsein der modernen Juden getreten: Dieser Staat dient auch für andersorts integrierte Juden als wichtiges Mittel, jüdische Existenz lebendig zu erhalten.

Diese Tatsache mag in mancher Beziehung erstaunlich sein, wenn man bedenkt, daß die geistige Ausstrahlungskraft Israels angesichts seiner Bedrohung und mannigfacher wirtschaftlicher und sozialer Probleme für viele enttäuschend ist. Man hatte gewiß zu optimistisch gemeint, durch die israelische Geistigkeit würde auch die Diaspora neu belebt werden. Das ist nur hinsichtlich der hebräischen Sprache geschehen, nicht aber hinsichtlich einer Renaissance allgemeiner jüdischer Geistigkeit, die in die

Breite ausstrahlt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die israelischen Universitäten neue Zentren jüdischer Wissenschaft darstellen, die in Zentral- und Osteuropa untergegangen sind; von dieser neuen Gelehrsamkeit wird aber die Diaspora relativ wenig berührt.

Die Frage stellt sich daher, was denn nun eigentlich trotz allem diese zentrale Funktion Israels ausmacht. Wahrscheinlich ist es die Tatsache, daß der Staat Israel es bewirkt hat, daß Juden nach Jahren tiefster Demütigung wieder Menschen aufrechten Ganges sein können. Dazu mag kommen, daß im Bewußten oder Unbewußten eines jeden Juden die

Gewißheit besteht, daß er in der Stunde der Not oder Gefahr immer einen Ort findet, wo er willkommen ist und das Gefühl besitzt, nicht in der Fremde zu sein. 40 Jahre Israel lassen daher keinen Juden unberührt, wo immer er auch leben mag, gerade auch dann, wenn Israel in Not ist und seine Hilflosigkeit gegenüber äußerem Geschehen dokumentiert.

Juden in der Welt fühlen in solchen Situationen, daß Israel ihrer noch mehr bedarf und sie ihre Solidarität mit diesem Lande erst recht beweisen müssen.

Zur Geschichte des Zionismus

Nationaljudentum und Zionismus

Der Zionismus war eine Spätgeburt unter den nationalen Befreiungsbewegungen Europas, wenn gleich keineswegs ausgemacht war, ob die Juden überhaupt noch ein Volk waren, seit ihnen in der Französischen Revolution die bürgerliche Gleichstellung gewährt wurde — aus „Prinzipienreiterei“ wie ein Zionist später nicht ohne Grund argwöhnte¹⁾, mit dem dezidierten Ziel jedenfalls, ihnen als Individuen alles zu gewähren und ihnen als Nation alles zu verweigern²⁾. Lange zog sich hin, was nach dem Vorbild der bürgerlichen Gleichstellung der Katholiken im protestantischen England in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gewöhnlich Emanzipation genannt wurde. Ihren Abschluß fand sie erst mit den bürgerlichen Revolutionen 1910 in Portugal und 1917 in Rußland und in Spanien sogar erst 1966. Bürgerlich gleichgestellt, assimilierten sich die Juden in West- und Mitteleuropa so schnell, daß die alte Einheit von Religion und Volk³⁾, und mit der um sich greifenden Aufklärung auch die verbindende Kraft der Religion so weit verloren ging, daß schließlich die verschiedenen Ausprägungen des Judentums — heute in Anlehnung an den englischen Sprachgebrauch gern Denominationen genannt — die Juden mehr trennten als einten.

In Deutschland, einem Zentrum der religiösen Auseinandersetzungen, verdeutschte das liberale Judentum die Liturgie und kappte die meisten Bezüge zu „Erez Israel“, dem Land Israel. Selbst die moderner Bildung aufgeschlossene Neo-Orthodoxie hielt sich für einen Teil des deutschen Volkes und wich zur Kennzeichnung der ethnischen Einheit des

Judentums auf den hebräischen Terminus „Am“ für Volk aus. Wohl am deutlichsten war das Auseinanderfallen des Judentums in Ungarn, wo sich im Kernland die das Bürgertum ausmachenden Juden unter nationalistischem Druck bis in die Annahme neuer Familiennamen rapide magyarisierten, während sich in den Randgebieten Siebenbürgens, der Slowakei und des Burgenlandes die Masse des orthodoxen Judentums auch nur den geringsten Konzessionen an eine moderne Bildung zu entziehen suchte.

Von einem Volk, so schien es, konnte keine Rede mehr sein. Die Wissenschaft vom Judentum aber redete, indem sie eine säkulare jüdische Kultur und Geschichte entdeckte, von nichts anderem und regte so das Nationalgefühl an, ganz wie es tschechische und deutsche Historiker auch taten. Nur ein bißchen Nationalgefühl brauchten die im sogenannten Rayon entlang der Westgrenze des Zarenreiches zusammengepferchten, meist in grauenhaftem Elend lebenden fünf Millionen Juden, um Volk zu sein. Mochten auch hier verschiedene religiöse Denominationen einander bitter bekämpfen, — eine Sprache hatten sie, den sogenannten „Jargon“, das heißt eigentlich nur Mundarten. Eine Mundart aber konnte Sprache werden, wenn man, wie die Niederländer, politische Selbständigkeit erlangte. Vorerst bemühten sich Schriftsteller, den Jargon zu einer Schriftsprache zu erheben. Gerade um die Sprache des Ghettos zu überwinden, griff indes die Aufklärung, die „Haskala“, auf das von der religiösen Literatur vertraute Hebräisch zurück und suchte es zur modernen Sprache zu formen. Eigentlich als Notbehelf gedacht, die Assimilation zu erleichtern, wurde das säkularisierte Hebräisch zum Wegbereiter des nationalen Judentums.

Keineswegs nur Juden waren immer wieder darauf verfallen, die Juden nach Palästina zurückzuführen, sondern auch christliche Judenfreunde, für die — wie in England — die „Restauration of the Jews“ Bedeutung im Heilsplan gewann, wie auch Judenfeinde, denen die Juden nicht in das romantische Volkwerden der Deutschen paßten. Schon Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts

¹⁾ Max Nordau auf dem 1. Zionistenkongreß, zitiert nach Adolf Böhm, Die Zionistische Bewegung, Bd. 1, Tel Aviv 1935², S. 180.

²⁾ Graf Clermont-Tonnère in der Französischen Nationalversammlung, zitiert nach Alex Bein, Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 197.

³⁾ Vgl. Johann Maier, Die Problematik des „jüdischen“ Staates Israel, in: Politische Bildung, (1971); Rolf Rendtorff, Religion und Gesellschaft in Israel, in: Hermann Meier-Cronemeyer / Ulrich Kusche / Rolf Rendtorff, Israel in Nahost, Hannover 1975³; ders., Die religiösen und geistigen Wurzeln des Zionismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/76.

resignierte der deutsche Frühsozialist Moses Hess vor der Judenfeindschaft, die zunehmend ihren religiösen Charakter abwarf und sich rassistisch und antikapitalistisch zum modernen Antisemitismus wandelte. Wissenschaft verhalf einer Verlegenheitsweltanschauung aus der Verlegenheit. Italien hatte gerade den Durchbruch zur nationalen Einigung erzielt, da erschien Hess in „Rom und Jerusalem“ das Schicksal der Juden als „Die letzte Nationalitätenfrage“. Nicht als Individuen, sondern nur als Nation könnten die Juden ihre Befreiung erlangen, nur in Palästina zu produktiver Arbeit zurückkehren und zu neuem Leben erwachen. Der 48er Traum vom Völkerfrühling war noch nicht ausgeträumt. Für die Juden begann er erst.

Erste Ansätze zu einer jüdischen Solidarität über alle Entzweiung hinweg verdichteten sich, als Rumänien seine völlige Selbständigkeit vom Osmanischen Reich erlangte. Die auf dem Berliner Kongreß 1878 anwesende jüdische Vertretung erreichte zwar formell die Gleichberechtigung der rumänischen Juden, doch scherten sich die befreiten, zum Volk gewordenen Rumänen nicht um international eingegangene Verpflichtungen, diskriminierten vielmehr die Juden, wo sie nur konnten. Zutiefst beeindruckt von der nationalen Befreiungsbewegung der Griechen wie vom Staatswerden Montenegros forderte der jüdische Schriftsteller Perez Smolenskin die Juden auf, ein Volk wie jedes andere zu werden. Vornehmstes Mittel sollte die Wiederbelebung des Hebräischen auch für den nicht minder vom Freiheitskampf der Balkanvölker beeinflussten Medizinstudenten und späteren Philologen Elieser Perlmann sein, selbst wenn eine Nation nicht unbedingt einer gemeinsamen Sprache bedürfe, wie Belgien und die Schweiz zeigten. Als Ben Jehuda begann er in Palästina Hebräisch zu sprechen und es mit großem Eifer zu propagieren — zum Ärger der frommen Juden —, die das Hebräische ausschließlich dem Gottesdienst vorbehalten wollten.

Nicht nur um zu beten und hier zu sterben, sondern um zu siedeln kamen die ersten paar tausend Kolonisten ins Land, während Hunderttausende in die USA flohen, nachdem 1881 Pogrome den „Rayon“ und auch die assimilierten Juden im Westen erschütterten. Rayon wurde das Gebiet im Westen des russischen Reiches genannt, auf das die zaristische Regierung die jüdische Ansiedlung zu beschränken suchte. Was — verglichen mit der späteren systematischen Ermordung von Millionen — als spontaner Ausbruch von Haß erscheinen mag,

war nicht selten wohl vorbereitet, nicht zuletzt durch die deutsche antisemitische Literatur. Deutsch galt etwas. Auf deutsch, offizielle Sprache dann der Zionistenkongresse bis 1937, forderte der Odessaer Arzt Leon Pinsker seine russischen Stammesgenossen zur „Autoemanzipation“ auf. Die Pogrome hatten ihn belehrt, daß die Juden ihre Befreiung nicht von anderen Völkern erwarten dürften, sie sich vielmehr selber befreien müßten, sei es in Palästina oder anderswo.

Unversehens gewann der national-jüdische Gedanke an Boden, vor allem unter Studenten, die nur zu gut spürten, daß sie es den anderen nie recht machen konnten, ob sie sich nun assimilierten oder nicht. Junge Menschen, die gern an einen lieben oder auch strafenden Gott geglaubt hätten, aber nicht konnten, fanden seelischen Halt im zuversichtlichen Glauben an eine wiedererstehende jüdische Nation. Der in einer nationaljüdischen Wiener Studentenverbindung führende, durch Smolenskin und Pinsker beeindruckte Nathan Birnbaum führte 1890 als erster für das erstrebte Nationaljudentum den Ausdruck „Zionismus“ ein. Höchst wahrscheinlich war er es auch, der für den „Jargon“ die respektableren Bezeichnungen „Jiddisch“ und „Jiddische Sprache“ erfand⁴⁾, doch blieb die Bezeichnung „Jargon“ noch lange gebräuchlich.

Sechs Jahre später erschien die Broschüre, die mit einem Schläge den Zionismus aus der Sphäre der Traktätchen und Konventikel zu einer international beachteten nationalen Befreiungsbewegung erhob: Theodor Herzls „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. Der in Budapest geborene Wiener Journalist zog eine nüchterne Konsequenz aus dem Antisemitismus, den Österreichs führender Deutschnationaler „als einen Grundgedanken des nationalen Gedankens . . . als größte Errungenschaft dieses Jahrhunderts“ feierte⁵⁾. „Wir sind ein Volk, ein Volk“, erklärte Herzl, „der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu“. Er entwickelte Vorstellungen, wie die Staatsidee „erst die Verzweifelten, dann die Armen, dann die Wohlhabenden, dann die Reichen“ nach Palästina leiten werde — oder auch nach Argentinien. Von der Wiederbelebung des Hebräischen wußte er, vom Jiddischen hielt er nichts.

⁴⁾ Alex Bein (Anm. 2), Bd. 1, S. 273, Bd. 2, S. 279.

⁵⁾ Georg Ritter von Schönerer, Stenographische Protokolle, Abgeordnetenhaus, 10. Session, 136. Sitzung, zitiert nach Traum und Wirklichkeit, Wien 1870—1930, Ausstellungskatalog, Wien 1985, S. 261.

Als sich die rasch formierende Bewegung — zum ersten Mal trafen Kairos und Charisma zusammen — auf dem 1. Zionistenkongreß 1897 in Basel ein Programm gab, war darin von Argentinien und dem Judenstaat nicht mehr die Rede. Vielmehr hieß es, der Zionismus erstrebe für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zionistische wie antizionistische Propaganda hat später so getan, als habe die zionistische Bewegung gleichwohl konsequent das Ziel eines Judenstaates verfolgt. Dagegen spricht die Einsicht, daß dazu auch nur die geringsten realpolitischen Voraussetzungen fehlten. „God's own country“ blieb stets reizvoller als das Heilige Land, bis die USA in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts die Einwanderung radikal drosselten. Nicht einmal die wenigen „Kolonien“ genannten jüdischen Dörfer in Palästina paßten in das diplomatische Konzept Herzls, und selbst die Forderung einer völkerrechtlichen Sicherung wurde mit Rücksicht auf das Osmanische Reich fallen gelassen. Herzls Verhandlungen mit dem Sultan aber schlugen fehl, und auch seine Gespräche mit dem deutschen Kaiser, dem Papst und dem italienischen König, mit Ministern in Deutschland, England und Rußland brachten nichts. Der Erfolg lag darin, daß er überhaupt empfangen und der Zionismus als „Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ erkannt wurde.

Und ein Erfolg war es, daß es gelang, die Zionistische Weltorganisation zu gründen, die fortan — unterbrochen nur in Kriegszeiten — regelmäßig die Zionistenkongresse veranstaltete. Geschaffen wurde zudem der Jüdische Nationalfonds, der Boden in Palästina erwerben sollte. In Deutschland entstand die an Mitgliedern kleine, an geistigem Einfluß jedoch große „Zionistische Vereinigung für Deutschland“. In seinem utopischen Roman „Altneuland“ rückte Herzl, was gewöhnlich übersehen wird⁶⁾, vollends von der Staatsidee ab. Aus dem bereits im „Judenstaat“ avisierten Eldorado der Sozialreform wurde die „Neue Gesellschaft“, von der es ausdrücklich hieß: „Wir sind kein Staat . . . wir sind einfach eine Genossenschaft, innerhalb deren es wieder eine Anzahl kleinerer Zweckgenossenschaften gibt.“

Herzl entwarf eine Gesellschaftsordnung, in der es keine „eisernen Regeln, keine unbeugsamen Grundgesetze, überhaupt nichts Hartes, Steifes, Doktrinäres“, sondern in einer „mittleren Form

⁶⁾ Eine Ausnahme bildet Joseph Adler, *The Herzl Paradox*, New York 1962.

zwischen Individualismus und Kollektivismus“ überhaupt „keine etablierte Herrschaftsordnung“ mehr geben sollte.

Die von Herzl für die „Neue Gesellschaft“ auch benutzte Bezeichnung „Commonwealth“ hieß also mehr als nur „Gemeinwesen“, sie bedeutete auch das „Gemeinsame Wohl“. Herzl kannte den deutschen Nationalökonom und Soziologen Franz Oppenheimer, für den die Entwicklung des Staates darauf hinauslief, ihn seinem Wesen nach in der Gesellschaft aufzuheben. Herzl war befreundet mit Bertha von Suttner, der Vorkämpferin der internationalen Friedensbewegung. In Gedanken sah Herzl in Jerusalem einen Friedenspalast erstehen — die Araber konnten sich nur freuen! Vergebens hatte er den Grazer Professor Ludwig von Gumplowicz, der es als polnischer Jude zum beachteten Soziologen und bedeutenden Staatsrechtler des Habsburgerreiches gebracht hatte, für den Zionismus einzunehmen versucht. Kühl hatte der ihm geantwortet: „Sie wollen einen Staat ohne Blutvergießen gründen? Wo haben Sie das gesehen? Ohne Gewalt und ohne List? So ganz offen und ehrlich — auf Aktien?“⁷⁾

Einer aus dem Volk, „Achad Haam“, wie sich der hebräische Schriftsteller Ascher Ginzberg nannte, hatte völlig recht: Altneuland konnte genau so gut die Frucht einer Negerbewegung sein, eine freundliche Vision, würdig, in die Reihe der großen Menschheitsutopien aufgenommen zu werden. Was Herzl propagierte, war weder ein *Judenstaat* noch ein *Judenstaat*. Wie sehr sein Zionismus letztlich nur eine sozialpolitische Rettungsaktion blieb, sollte sich zeigen, als Herzl auf einen Vorschlag der Briten einging, die der jüdischen Zuwanderung überdrüssig waren und Uganda in Afrika als Ausweichregion offerierten. Da aber zeigte sich auch, wie tief die religiöse Bindung an Palästina auch bei denen war, die primär die Wiederbelebung einer säkularen jüdischen Kultur erstrebten. Die Uganda-Offerte, Herzls einzig konkreter diplomatischer Erfolg, führte zu einem tiefen Zerwürfnis, da große Teile der Bewegung eine jüdische Ansiedlung in Uganda so empört ablehnten, daß die junge zionistische Organisation zu zerbrechen drohte. Herzl starb darüber 1904, nur vierundvierzigjährig.

⁷⁾ Zitiert nach dem Original im Zionistischen Zentralarchiv Jerusalem. Eine englische Übersetzung findet sich bei Werner J. Cahnman, *Scholar and Visionary. The Correspondence between Herzl and Ludwig Gumplowicz*, in: *Herzl Year Book*, Vol. 1, New York 1958, S. 165 ff.

Selbstbewußte junge Zionisten zogen jeden Juden in eine Diskussion über den Zionismus. Die meisten Juden blieben dabei äußerst skeptisch, wenn nicht feindselig, vor allem die großen Organisationen wie der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens oder das American Jewish Committee. Auch das religiöse Judentum, ob or-

thodox oder liberal, lehnte den Zionismus ab — bis auf die Misrachi, orthodoxe Juden, die in ihm nicht eine neue Form der Assimilation, nämlich die an den europäischen Nationalismus sahen, sondern das einzige Mittel, der Assimilation zu entgehen. Wie den Kulturzionisten genügte auch ihnen ein geistiges Zentrum.

Arbeiterbewegung

Die ernsteste Konkurrenz erwuchs dem Zionismus im Rayon, wo die Masse der Juden wohnte, im Sozialismus. Nur wenige Wochen nach dem 1. Zionistenkongreß in Basel entstand in Wilna der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund für Litauen, Rußland und Polen“, kurz „Bund“ genannt, und er war es, der den Intellektuellen- und Emigrantenzirkeln der russischen Sozialdemokratie eine gewisse Basis verschaffte. Der Agitation halber bediente sich der Bund des Jiddischen, entdeckte aber bald in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus eine eigene jüdische Kultur, die keiner kunstvollen Wiederbelebung einer Sprache bedurfte. Mochte der noch ganz im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie verwurzelte österreichische Dichter Grillparzer die menschlich-gesellschaftliche Entwicklung von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität gefürchtet haben — der Siegeszug des Nationalitätenprinzips war nicht mehr aufzuhalten, das die Befreiung, die Emanzipation des Individuums nur im Rahmen der Nation für möglich hielt.

Im gleichen Jahr 1897, in dem der Antisemit Lueger Oberbürgermeister von Wien wurde, gab die habsburgische Sozialdemokratie die Fiktion ihrer Internationalität auf und gliederte sich in sechs Sektionen von Deutschen, Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowenen und Italienern. Zwei Jahre später erkannte sie feierlich das Recht jeder Nationalität auf freie Existenz und Entwicklung an; nur das der Juden nicht. In der Sozialdemokratie des Zarenreiches aber forderte der „Bund“ nicht nur Autonomie innerhalb der Partei, sondern auch innerhalb des Reiches. Trotzki und Lenin hatten sich dann mit dem „Bund“ herumschlagen, und bald auch Stalin, von Lenin eigens zum Studium der Nationalitätenprobleme nach Wien geschickt. Auch die freiheitlichen Sozialisten Westeuropas sollten sich bis in die zwanziger Jahre hinein schwer tun, die jüdische Arbeiterbewegung Palästinas anzuerkennen.

Diese formierte sich, als nach neuen Pogromen die sogenannte 2. Alija, eine zweite Einwanderungs-

welle ins Land kam. Eine kulturzionistisch geprägte Partei, die sich „Hapoel Hazair“, „der Junge Arbeiter“, nannte, schwärmte von der mystischen Erlösung durch den Boden und die Arbeit. Im Sinne des Hapoel Hazair wandte sich Martin Buber, für den der Antisemitismus der vulgärste Weg zum Zionismus war, an die deutsch sprechende jüdische Jugend Mitteleuropas, und als nach dem Ersten Weltkrieg der Hapoel Hazair auch in Deutschland entstand, gehörte Buber zu seinen Gründern. Nicht um die Schaffung irgendeines neuen Staates — Buber nannte als Beispiel Albanien — ging es, sondern um die Renaissance des jüdischen Volkes, die gespeist aus den ethischen Traditionen des jüdischen Messianismus Dienst an der Menschheit sein sollte. Volksbildend aber sei nicht die Vernunft, sondern das Leitbild des Mythos — konnte die Ratio doch nur die Zersplitterung des Judentums registrieren und resignieren. Daran hielt selbst ein so pragmatischer Politiker wie Nachum Goldmann fest: „Die Idee des Zionismus und der Rückkehr der Juden in ihr Land ist eine der irrationalsten Ideen der Geschichte . . . ist ein Sieg des Mythos über die Ratio.“⁸⁾

Demgegenüber glaubte die andere sozialistische Partei in Palästina, die „Poale Zion“, „die Arbeiter Zions“, deren erste Gruppen noch in Rußland entstanden waren, im marxistischen Sinne an die wissenschaftliche Vernunft der historischen Notwendigkeit ökonomischer Prozesse, welche die Juden in das unterbesiedelte Palästina zurückführen würde. Von „Phrasen über allerlei kultur-nationale Fiktionen“, der „Litanei: Sprache, Erziehung, überhaupt — Kultur“⁹⁾ wollten die Poale Zion nichts wissen und konnten von dieser Auffassung her ganz im Gegensatz zu den echten Nationalisten des Hapoel Hazair auch kein Verständnis für das nationale

⁸⁾ Nachum Goldmann, Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln 1970, S. 461.

⁹⁾ Ber Borochof, Die Grundlagen des Poalezionismus, Frankfurt am Main 1969², S. 70.

Streben der Araber aufbringen. Nur wirtschaftliche Gründe sprachen nach Ansicht der Poale Zion für eine jüdische Besiedlung Palästinas, nicht sentimentale religiöse Erinnerungen. Und aus wirtschaftlichen Gründen müßten die Araber eigentlich die Kolonisation begrüßen — so die Argumentation —, da sie durch die Juden nur profitieren konnten. Das tun die Araber sicherlich noch heute in den von Israel besetzten Gebieten, ohne daß sie deshalb von ihrem Kampf abließen.

Während für den Hapoel Hazair der Klassenkampf das jüdische Volk nur entzweien konnte, propagierten die Poale Zion gerade den Klassenkampf gegen jüdische Kapitalisten, die — eine ziemlich abstruse Vorstellung — nach Palästina eilen und sich dem Klassenkampf des jüdischen Proletariats aussetzen würden. Nationale Solidarität mit der jüdischen Bourgeoisie dürfe es nicht geben, die soziale Solidarität mit dem arabischen Proletariat verstand sich von selbst. Das jüdische Proletariat werde „Schulter an Schulter mit den anderen unterdrückten Elementen gegen die türkische Regierung“¹⁰⁾ kämpfen. In Palästina dürften auch wirtschaftlich Araber nicht über Juden, noch Juden über Araber herrschen. Das aber hieß praktisch und zunächst höchst notwendig, daß die jüdischen Kolonisten nur jüdische Arbeiter beschäftigen sollten, was auf eine Trennung von arabischer und jüdischer Wirtschaft hinauslief, aber bis zum arabischen Aufstand der dreißiger Jahre auch nicht annähernd verwirklicht wurde. Bei einer Trennung von jüdischer und arabischer Wirtschaft war gemäß der marxistischen Annahme, daß die ökonomischen Verhältnisse das Bewußtsein bestimmen, eine Solidarität mit dem arabischen Proletariat eigentlich nicht zu erwarten. Die Widersprüche in der Ideologie der Poale Zion waren so eklatant, daß sie rasch zur Rhetorik verkümmerte, die Arbeiterbewegung sich vielmehr darauf beschränkte, pragmatisch Tatsachen zu schaffen, d. h. die Kolonisation voranzutreiben und dafür die Hilfe zu akzeptieren, welche die bürgerlichen Zionisten boten. Wie zuvor die religiösen Misrachi konstituierten sich die Poale Zion als Sonderverband innerhalb der Zionistischen Weltorganisation.

Die jüdischen Arbeiter in Palästina wie die Zionistische Weltorganisation begriffen sehr bald, daß private Investitionen in dieser Region keinen Profit versprachen. Da half nur genossenschaftliche Selbsthilfe. Als auf Drängen des aus dem Ansied-

lungsrayon stammenden, in England wirkenden Chemikers Chaim Weizmann mit der zionistischen Kolonisation begonnen wurde, schloß der mit der Leitung beauftragte deutsche Nationalökonom Arthur Ruppin im gleichen Jahr 1909, in dem er der Gründung Tel Avivs assistierte, mit der Gründung des Kibbutz Degania die Allianz mit der Arbeiterschaft, die für die weitere Entwicklung so charakteristisch werden sollte.

Auch ideologisch suchte Ruppin nach neuen Wegen. Für ihn war — anders als für Martin Buber — Blut kein Mythos, sondern eine naturwissenschaftliche Kategorie, eine der Rasse. Ganz abgesehen davon, daß Rasse nicht selten als Synonym für Volk und Nation verwandt wurde, konnte sich auch und gerade der Zionismus auf der Suche nach einer verbindlichen Definition des Juden kaum¹¹⁾ der damals übermächtigen Rassenideologie entziehen¹²⁾. Mit Rassismus hatte das nichts zu tun, da gewissermaßen naturwissenschaftlich eine Andersartigkeit festgestellt, nicht aber ein Werturteil gefällt werden sollte. Niemand machte dies deutlicher als Ruppin selber. Zwar hätte er als Sozialdarwinist gerne Rassejuden „gezüchtet“, sah er in der Arbeiterbewegung ein Mittel zur „Auslese des Menschenmaterials“¹³⁾, doch bemühte gerade er sich zusammen mit anderen maßgeblichen zionistischen Kolonisatoren um eine Verständigung mit den Arabern. Er wurde einer der Gründer der „Brith Schalom“, des Friedensbundes. Über das gemeinsame Semitentum ließ sich sogar ideologisch eine Brücke zu den Arabern schlagen¹⁴⁾.

¹¹⁾ Vgl. Joachim Doron, Rassenbewußtsein und naturwissenschaftliches Denken im deutschen Zionismus während der wilhelminischen Ära, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte (1980).

¹²⁾ Ein hervorragendes Beispiel bildet Meyers Lexikon, Leipzig 1924—1933, insbesondere der Artikel Menschenrasen, Bd. 8 (1928), aber auch Artikel wie Anthropologie, Auslese beim Menschen, Bd. 1 (1924), Entartung, Bd. 4 (1926) und Rassenbiologie, Rassenhygiene Bd. 9 (1928). Daß im 3. Ergänzungsband von 1933 Rassenkunde mit Hinweisen auf Nordische Bewegung und Nationalsozialismus hinzukommt, zeugt, wie der Band auch sonst, von der Anpassungsfähigkeit des Verlages. Als Indiz mag auch Friedrich Hertz, Rasse und Geschichte, in: Propyläen Weltgeschichte, Bd. 1, Berlin 1931, gelten.

¹³⁾ Arthur Ruppin, Der Aufbau des Landes Israel, Berlin 1919, S. 177. Weitere Nachweise für den durchgängigen zionistischen Sprachgebrauch vom „Menschenmaterial“ in: Hermann Meier-Cronemeyer, Die Politik der Unpolitischen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1965), S. 854; vgl. Hannah Arendt, Vita Activa, Stuttgart 1960, S. 354: „Daß es sich bei dem Ausdruck ‚Menschenmaterial‘ um keine harmlose Metapher handelt, dürften wir inzwischen erfahren haben.“

¹⁴⁾ Vgl. Susan-Lee Hattis, The Bi-National Idea in Palestine During Mandatory Times, Haifa 1970.

¹⁰⁾ Ebda., S. 105.

Die Arbeiterbewegung trieb unter den widrigsten Umständen die Kolonisation voran, die Zionistische Weltorganisation gab durch Landkäufe beschafften Boden und Geld. Noch der Staat Israel ist auf Subventionen vom Ausland angewiesen — im Prinzip nicht anders als die von Spenden lebenden frommen Juden, die den Arbeitern ob ihrer Unproduktivität ein Dorn im Auge waren. Nur mühsam gelang es dem Jüdischen Nationalfonds, Boden aufzukaufen. Zwar waren arabische Großgrundbesitzer nur zu gerne bereit, Boden zu verkaufen, doch verfügte der auf Spenden angewiesene Nationalfonds nie über genügend Mittel. Das Problem waren die ansässigen bisherigen Pächter, und dieses Problem ist nie ganz gelöst worden, obwohl der Nationalfonds bemüht war, ihnen Entschädigungen zukommen zu lassen.

Gewiß sollten Tatsachen und eine eigene Wirtschaft geschaffen werden, mindestens ebenso aber ging es darum, einen „neuen Juden“, ja einen neuen Men-

schen zu schaffen. Für den aus Polen eingewanderten Dawid Grün, der als Ben Gurion auch seine marxistische Herkunft abstreifte, ging es letztlich um eine Revolte gegen die jüdische Ghetto-Tradition, um eine Revolutionierung aller bisherigen jüdischen Lebensweise¹⁵). Als 1920 die beiden Arbeiterparteien in einer Gewerkschaft zusammenfanden und Ben Gurion ihr Generalsekretär wurde, enthielt ihr Name ein Programm. „Histadrut“ hieß — unübersetzbar — „sich eine Ordnung geben“, und die hatten die anarchisch gestimmten Arbeiter bitter nötig. Daß sie ein Zusammenschluß ausdrücklich nicht der jüdischen, sondern der hebräischen Arbeiter sein sollte, aber markierte nicht allein den Sieg über das von den Marxisten favorisierte Jiddisch, sondern die angestrebte Überwindung des heimatlichen, demütigen Judentums, indem man auf die stolzen Hebräer der Bibel zurückgriff. Was die Gewerkschaft und ihre Unternehmen aufbauten, sollte von Herzls Commonwealth nicht weit entfernt sein.

Autonomie

Die rechtliche Voraussetzung für den Aufbau einer genossenschaftlichen Wirtschaft, von der die Kibbuzim nur einen Teil bildeten, schuf das vom Völkerbund an Großbritannien vergebene Mandat über Palästina. Es enttäuschte allerdings zutiefst die von den Briten genährten Hoffnungen der Araber auf Selbständigkeit. Schon die Jungtürken hatten den nationalen Minderheiten alles andere als die erhofften Erleichterungen, die Balkankriege schließlich Flucht und Vertreibung gebracht, die sich nur euphemistisch als Bevölkerungsaustausch begreifen ließen. Im Weltkrieg verfolgten die mit Deutschland verbündeten Türken arabische Nationalisten wie Zionisten, weitaus am grausamsten die Armenier. Von Großbritannien aber, das den Frankreich erst kurz zuvor zugesicherten Einfluß im Nahen Osten wieder zurückdrängen wollte, erlangte Weizmann, wenn auch reichlich unverbindlich, mit der Balfour-Deklaration vom November 1917 eine Sympathieerklärung der englischen Regierung für die „Errichtung eines Nationalheims für das jüdische Volk in Palästina“. Völkerrechtlich gesichert wurde die Heimstätte durch das Mandat, das jedoch erst 1923 in Kraft trat — beredtes Zeichen dafür, wie das Völkerrecht statt Recht zu setzen geschaffene Tatsachen legitimiert. Praktisch bedeutete „nationale Heimstätte“ Autonomie.

Die nationaljüdische Autonomie in Palästina aber war, was heute gemeinhin übersehen wird, nur die eine Alternative des Zionismus, die andere war Autonomie in Osteuropa. Wie zuvor der „Bund“ und die marxistischen Zionisten machten sich gegen Ende des Krieges die Sozialisten der neutralen Länder und das von der Zionistischen Weltorganisation offiziell in einem neutralen Land eingerichtete Kopenhagener Büro die Forderung zu eigen. Weizmann hatte mit der britischen Regierung verhandelt, ohne von dem Kopenhagener Büro legitimiert zu sein. Als gemäß der Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker die großen Vielvölkerstaaten der Habsburger und Romanows in lauter kleine zerfielen, machte sich ein auf zionistisches Betreiben in Paris gegründetes Comité des délégations juives trotz des Quertreibens jüdischer Organisationen Großbritanniens und Frankreichs zum Sprecher von Minoritätenrechten für alle Volksgruppen. Es gewann auch Einfluß auf die Pariser Friedensverträge sowie auf die Verträge der Alliierten und des Völkerbundes mit den neuen Staaten.

¹⁵) Shlomo Avineri, *The Making of Modern Zionism. The Intellectual Origins of the Jewish State*, London 1981, S. 199.

Wie schwach auch immer der Minderheitenschutz ausfiel — die internationale Verpflichtung zur Regelung nationaler Fragen war anerkannt. In den baltischen Staaten kam es sogar zur weitreichenden Autonomie nationaler Minderheiten, am ausgeprägtesten in Estland, wovon auch die deutsche Volksgruppe profitierte, während die in Litauen den Juden gewährte bald nur noch auf dem Papier stand. Selbst das bolschewistische Rußland akzeptierte vorübergehend die jüdische Nationalität — und verfolgte das Judentum als Religion. Jiddisch wurde gepflegt, das Hebräische diskriminiert. Mit der Autonomen Jüdischen Provinz Birobidjan an der Grenze Chinas ließ sich die Sowjetunion schließlich auf eine territoriale Lösung ein, doch war ein Zionismus ohne Zion wie seinerzeit Uganda wenig anziehend, hätte aber Millionen Juden vor dem Zugriff der Deutschen im Zweiten Weltkrieg bewahren können.

Vom Völkerbund nicht anerkannt, aber im Gegensatz zu ihm eine Organisation von Völkern und nicht von Staaten, konnte der „Kongress der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas“, allgemein kurz „Minderheitenkongreß“ genannt, als „eine Art Schattenvölkerbund“¹⁶⁾ wirken. Das mit ihm personell verflochtene Comité des délégations juives wurde zum Vorläufer des 1936 nicht zuletzt von Nachum Goldmann zustandegebrachten Jüdischen Weltkongresses. Seinem unverhohlenen Nationaljudentum kam zwar eine neue Denomination im amerikanischen Judentum, der „Reconstructionism“, entgegen, der geradezu kulturzionistisch „Judaism as a civilisation“ sah¹⁷⁾, doch hinderte die nationaljüdische Ausrichtung den Kongreß daran, zur erstrebten Dachorganisation aller jüdischen Organisationen zu werden.

Als Advokat der Minderheitenrechte nichtrussischer Völker war der in Odessa geborene Journalist Wladimir Jabotinsky schon im Zarenreich hervorgetreten, und er sollte das immer wieder betonen, als er in den zwanziger Jahren zum Antipoden Weizmanns wurde, Präsident nun der Zionistischen Weltorganisation. Jabotinsky verlangte eine Revision der zaghaften Politik sowohl gegenüber der Mandatsmacht wie gegenüber den Arabern, als den

von Pogromen begleiteten Nachkriegswirren in Osteuropa eine dritte Einwanderungswelle folgte. Seine „Revisionisten“ genannten Anhänger bildeten einen Sonderverband in der Zionistischen Weltorganisation. Hingegen forderten zumal deutsche Kulturzionisten wie Martin Buber und Georg Landauer, daß der Zionismus mehr für eine Verständigung mit den Arabern tun müsse, die Juden nicht wie andere Völker auftreten dürften, sondern eingedenk der ethischen Verpflichtungen des Judentums. Der Jurist Landauer hatte mit einer Arbeit über das Minderheitenrecht promoviert und war einer der Führer des Hapoel Hazair in Deutschland, Auch 1929, als die Araber erneut zu „irischen Methoden“ griffen, kam es, angeregt durch die Brith Schalom, zu einer intensiven Diskussion der zionistischen Politik gegenüber den Arabern, die freilich wenig fruchtete, wozu beitragen mochte, daß die Kulturzionisten ebenso wenig wie andere auf das Recht der freien Einwanderung verzichteten.

Diese Konzeption des Kulturzionismus nannte Jabotinsky, „wenn ich mich umsichtig ausdrücken will — ‚Luxuszionismus‘: wenn ich mich aber aufrichtig äußern will, bezeichne ich sie als Geschwätz . . . Die Aufgabe des Zionismus ist in erster Reihe eine humanitäre: alle diese konkreten Juden, die es begehren oder in Zukunft begehren werden, sollen von den spezifisch jüdischen Leiden errettet werden.“ Obwohl alles andere als ein Marxist, war er bereit, der Argumentation des marxistischen Flügels der 2. Alija zuzustimmen, bezog jedoch außer den ökonomischen die psychischen Antriebe mit ein: „Es gibt zweifellos Länder, wo die Juden leidlich leben und wo es ihnen sogar gut geht. Aber wenn wir sogar dort das innere Selbstgefühl des Juden mit dem Selbstgefühl seines Nachbarn aus derselben Klasse und Sphäre vergleichen, so wird sich immer zeigen, daß beim Juden irgendein ‚Surplus‘ (Überschuß) an Bitternis, des Schmerzes, der Beleidigung oder Angst oder einfach des Mißbehagens („malaise“) vorhanden ist. Dieser ewige Überschuß, das ist eben die ‚Judennot‘.“¹⁸⁾

Es ist angebracht, Jabotinsky ausführlicher zu zitieren, weil unter dem Einfluß der lange siegreichen sozialistischen Agitation seine Motive und seine Politik bis heute verzerrt erscheinen¹⁹⁾. Denn als Gegner eines jeden Bindestrich-Zionismus kämpfte

¹⁶⁾ Eugen Lemberg, Die Nationalitätenfrage im Donauraum auf Grund der Pariser Vorortverträge, in: Hellmuth Rößler (Hrsg.), Ideologie und Machtpolitik 1919, Göttingen 1966, S. 147.

¹⁷⁾ Johann Maier (Anm. 3), S. 16; David Rudavsky, Emancipation and Adjustment. Contemporary Jewish Religious Movements. Their History and Thought, New York 1967, S. 346 ff.

¹⁸⁾ Vladimir Jabotinsky, Der Judenstaat, Wien 1938, S. 5, S. 14.

¹⁹⁾ Exemplarisch Lenni Brenner, The Iron Wall. Zionism Revisited from Jabotinsky to Shamir, London 1984.

Jabotinsky gegen die Arbeiterbewegung, die lange unter dem Deckmantel des Zionismus primär sozialistische Ziele verfolgte und so tat, als müßten die Araber wirtschaftlicher Vorteile wegen den Juden eigentlich um den Hals fallen. Demgegenüber sprach der Revisionist offen aus: „Wir kolonisieren das Land gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung.“²⁰⁾ Die Araber seien kein bestechliches „Gesindel, das bereit ist, sein Vaterland für ein gutes Eisenbahnnetz abzutreten“²¹⁾. Rassist war Jabotinsky nicht. Er reklamierte für sich, sein Verhalten zu den Arabern sei „dasselbe wie zu allen anderen Völkern: höfliche Gleichgültigkeit“²²⁾. War das der meisten übrigen Zionisten etwa anders? Während sie sich jedoch hüteten, ein „Endziel“ zu formulieren, nannte Jabotinsky als sein Ziel den Judenstaat. Nur, was war das für ein Staat? „Frankreich ist ein Staat, aber auch Thüringen ist ein Staat. Neu-Südwest . . . heißt ebenfalls ‚State‘. Mehr als das; mit vielen anderen hoffe und glaube ich, daß der Völkerbund mit der Zeit eine reale Macht sein wird. Dann werden die mächtigsten Staaten der Welt in mancher Beziehung dieselbe Bedeutung haben, wie etwa heutzutage Kentucky. Mir persönlich scheint diese Portion von Staatsgewalt nach außen vollständig ausreichend für jedes beliebige Volk — selbst für das jüdische . . . Ich halte . . . die Verdrängung der Araber aus Palästina in jeder Form für absolut unmöglich; Palästina wird immer ein Nationalitätenstaat bleiben — was mir vollständig genügt unter der Bedingung, daß die Juden zur Mehrheit werden.“²³⁾ Nur eine jüdi-

sche Majorität lasse die Araber klein begeben — und eine legale Legion; jüdisches Militär also, nicht eine illegale Truppe, wie die Arbeiterbewegung sie in der „Hagana“ längst geschaffen hatte. Nur eines helfe — Macht! Bis zuletzt aber blieb Jabotinsky dabei, daß „jüdische und arabische Volksgemeinschaften . . . als autonome öffentliche Körperschaften von gleichem Status vor dem Gesetz anerkannt werden sollten“, ja, er stellte sich vor: „In jedem Kabinett, in dem der Premierminister ein Jude ist, soll das Amt des Vizepremiers einem Araber vorgeschlagen werden, und umgekehrt.“²⁴⁾

Ebenso erbittert und vergeblich wie gegen die Histadrut kämpfte Jabotinsky, wie übrigens auch Nachum Goldmann, gegen die Einbeziehung finanzkräftiger Nichtzionisten in die schließlich 1929 zustandekommene Jewish Agency, welche die Mandatsmacht beraten sollte. Auch übersahen die Revisionisten, daß im Gegensatz zu ihren weitgespannten, auch Transjordanien umfassenden Ambitionen, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen von privatwirtschaftlichen, rentablen Kleinindustrien und Plantagen, deren Profit zudem von billigen arabischen Arbeitern abhing, einen Judenstaat auf die Küstenebene beschränkt hätten. Die von Agrarromantik nicht freie Kolonisation ließ sich nur gemeinwirtschaftlich voran treiben. Völlig falsch aber schätzte der Machtpolitiker Jabotinsky den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland ein. Sein Blick war vornehmlich auf Polen gerichtet.

Die Juden und der Nationalsozialismus

Während er einen Boykott deutscher Waren zu organisieren versuchte, als Hitler — anders als weiland Lueger in Wien — mit seinem Antisemitismus ernst machte, begriff hingegen die nun auch in einer Partei geeinte und zur stärksten Kraft in der Zionistischen Weltorganisation gewordene Arbeiterbewegung sofort die sich ihr bietende Chance hinsichtlich der Auswanderung aus Deutschland. Schon im Sommer 1933 kam ein Abkommen mit der deutschen Regierung zustande, das nach Palästina auswandernden Juden ermöglichte, einen Teil ihres Vermögens zu transferieren, und dem Reich, Palä-

stina mit deutschen Waren zu überschwemmen. Anlagen zum Schutz jüdischer Siedlungen gegen arabische Überfälle wurden mit Eisen aus Deutschland gebaut.

Registrierten jüdische Blätter in Palästina — ob revisionistisch oder sozialistisch — nicht ohne Schadenfreude, daß mit der Machtergreifung der Nazis die Assimilation in Deutschland gescheitert war, so versuchten die maßgeblichen jüdischen Organisationen hier, das Beste aus der verordneten Dissimilation zu machen. Vergebens schlug eine höchst wahrscheinlich von Georg Landauer verfaßte Denkschrift der Zionistischen Vereinigung für

²⁰⁾ „Rasswjet“ (Deutsches Heft), Berlin 1925, S. 80.

²¹⁾ Ebda., S. 57.

²²⁾ Ebda., S. 55.

²³⁾ Ebda., S. 22 f., S. 55; vgl. Vladimir Jabotinsky (Anm. 18), S. 38.

²⁴⁾ Vladimir Jabotinsky, *The War and the Jew*, 1942, zitiert nach *Palestine, A Study of Jewish, Arab and British Policies*, New Haven 1947, S. 1139.

Deutschland unter Hinweis auf die ähnlichen Interessen der Auslandsdeutschen einen Minderheitenschutz für die deutschen Juden vor, den die Zionisten früher strikt abgelehnt hatten. Die Antwort erhielten sie nur indirekt, indem der deutsche Vertreter in der Minderheitendebatte des Völkerbundes betonte, die Juden Deutschlands seien weder eine sprachliche noch eine nationale Minderheit und fühlten sich auch nicht als solche.

Obwohl das Reich aus dem Völkerbund austrat, respektierte es unter internationalem Druck im oberschlesischen Abstimmungsgebiet das eigentlich den Polen zuge dachte Minderheitenrecht. Bis zum Auslaufen der Verträge 1937 wurden dort die anti-jüdischen Gesetze nicht angewandt. Hatten Deutsche und Juden im „europäischen Minderheitenkongreß“ bisher immer gemeinsam gestimmt, so stimmten jetzt die Vertreter der deutschen Minderheiten und mit ihnen die Mehrheit des Kongresses gegen einen von den jüdischen Delegierten verlangten Protest gegen die Behandlung der Juden in Deutschland. Die jüdische Delegation verließ den Kongreß. Die Staaten Osteuropas aber sahen sich durch Deutschland in ihren eigenen antisemitischen Bestrebungen bestärkt. Entsprechend stieg die Auswanderung nach Palästina. Schließlich führte auch Italien eine anti-jüdische Gesetzgebung ein, nachdem die jüdische Presse in Deutschland zunächst gern darauf verwiesen hatte, daß der italienische Faschismus ohne Antisemitismus auskomme.

Erstaunlich schnell einigten sich der Central-Verein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens und die Zionistische Vereinigung auf die Gründung einer einheitlichen Reichsvertretung der deutschen Juden, um nicht allein den bedrohten Juden so gut es ging materiell zu helfen, sondern auch das nun vervielfachte „Surplus“ seelischer Leiden zu mildern. Auch die so betont deutschen Juden besannen sich nunmehr auf die Mahnung des zionistischen Schriftstellers und Kompagnons Nachum Goldmanns als Verleger, Jakob Klatzkin: „Lieber Juden ohne Gleichberechtigung als Gleichberechtigung ohne Juden.“

Nachdem die Drosselung der ostjüdischen Einwanderung, Geburtenrückgang und Mischehen den Untergang des deutschen Judentums statistisch längst ablesbar gemacht hatten, schien der Verlust der Gleichberechtigung der Juden in Deutschland wenigstens die Chance zu bieten, das Judentum stärken, einen „Aufbau im Untergang“ versuchen

zu können. Und das lief auf eine Stärkung des Nationaljudentums hinaus. Nicht nur die Synagogen füllten sich. Das jüdische Schulwesen wurde ausgebaut, was die Zionisten immer verlangt, der Centralverein immer bekämpft hatte. Eigene jüdische Theater und Orchester wurden gegründet. Die Presse und das Buchwesen reüssierten. Nur einem Freigeist wie Kurt Tucholsky, ‚Asphaltliterat‘ in den Augen auch mancher Juden, mochte da schaudern: „Es ist nicht wahr, daß die Deutschen verjudet sind. Die deutschen Juden sind verbohrt . . . Da sehen Sie, daß dieselben Leute, die auf vielen Gebieten die erste Geige gespielt haben, das Ghetto akzeptieren.“²⁵⁾

Daß das Nürnberger Verbot von Mischehen auch jüdischen Interessen entgegenkam, war nur der Zionist Georg Kareski auszulaudern unvorsichtig genug²⁶⁾. Er war in der Zeit der Weimarer Republik einer der prominentesten nationaljüdischen Gemeindepolitiker und zeitweise Vorsteher der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gewesen. Immer noch waren die Zionisten überzeugt, daß nicht die Assimilation, sondern nur die stolze Behauptung eines nationalen Judentums dem Antisemitismus entgegenwirken könne. Dem Irrtum der Assimilation folgte die Illusion der Autonomie.

Sie wurde freilich nicht nur durch die kulturzionistische Tradition des deutschen Zionismus und die schwer durchschaubare deutsche Judenpolitik genährt, sondern auch durch die Einsicht, daß nicht allein der Widerstand von Briten und Arabern gegen eine allzu große Einwanderung, sondern auch die Integrationskraft des „Jischuv“, der jüdischen Ansiedlung in Palästina, Grenzen setzte. Mitte der zwanziger Jahre hatten die polnischen Einwanderer der 4. Alija zu hören bekommen, „nur wegen Grabski“ eingewandert zu sein, d. h. wegen der antisemitischen Politik des polnischen Finanzministers. Nun sahen sich die deutschen Flüchtlinge dem Vorwurf ausgesetzt, „nur wegen Hitler“ zu kommen. Zu der Animosität der bisher vorwiegend ostjüdischen Einwanderer kam die Furcht der betont proletarischen Arbeiterbewegung, daß ihre mühsam erkämpften Ansätze einer klassenlosen Gesellschaft nun durch eine aus Deutschland einwandernde bürgerliche Mehrheit gefährdet werden

²⁵⁾ Brief an Arnold Zweig vom 15. Dezember 1935, in: Kurt Tucholsky, Ausgewählte Briefe 1913–1935, Reinbek bei Hamburg 1962, S. 334.

²⁶⁾ Der Angriff, 23. Dezember 1935, wieder gedruckt in: Klaus J. Herrmann, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934, Köln 1969, S. 9 ff.

könnte. Eine „Auslese des Menschenmaterials“ lag nahe. Dem widersetzte sich Kareski²⁷⁾. Er überwarf sich mit der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und wurde zum Revisionisten. Die Nazis aber glaubte er für eine — wie er sich ausdrückte — geordnete Liquidation, einen Zwangsvergleich anstelle eines Konkurses des deutschen Judentums, d. h. eine organisierte Massenauswanderung, auch dadurch gewinnen zu können, daß er die anderen deutschen Zionisten als marxistisch denunzierte.

Juden gegen Juden auszuspielen bewährte sich. Selbst die großzügige finanzielle Hilfe amerikanischer und britischer Juden, die dem Naziregime wertvolle Devisen einbrachte, sollte ja auch die deutschen Juden ausharren lassen und hindern, den Antisemitismus zu exportieren. In Südafrika scheiterte eine liberale Einwanderungspolitik nicht zuletzt an den Stimmen jüdischer Parlamentarier. Der Völkerbund versagte, und auch die amerikanische Initiative zur Flüchtlingskonferenz von Evian 1938, als nach der Annexion Österreichs die Juden bereits offen vertrieben wurden, brachte so gut wie nichts. Selbst die nur als Beobachter zugelassenen Vertreter der verschiedenen jüdischen Organisationen konnten sich nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen.

Kampf um freie Einwanderung

Ben Gurion übernahm mehr und mehr die Politik Jabotinskys, der stets der Meinung gewesen war, daß nur Macht zähle, jüdische Macht aber von einer jüdischen Mehrheit in Palästina abhängen. Gleichwohl glaubte er, arabische Notabeln für eine freie Einwanderung erwärmen zu können, und gab dafür sogar die These auf, daß man nicht mit den Unterdrückern des arabischen Volkes verhandeln dürfe. Diese von der jüdischen Arbeiterbewegung jahrzehntelang vertretene sogenannte „Effendi-These“ mochte theoretisch einleuchtend sein, diente aber praktisch als Entschuldigung dafür, daß man sich um die Araber nicht kümmerte; denn Führer des arabischen Proletariats gab es nicht. Was Ben Gurion aber lange nicht aufgab, war die These, daß

Im Nachhinein mutet es fast als ein Wunder an, daß überhaupt relativ viele Menschen gerettet werden konnten, denn das Infernalische der deutschen Judenverfolgung begann nicht erst mit der technisch perfekten „Endlösung“, es lag von vornherein darin, im Namen der Nation eine halbwegs funktionierende internationale Ordnung aus den Angeln zu heben, die es immerhin dem einzelnen Menschen erlaubt hatte, wenigstens einigermaßen sein Leben zu fristen und sich vielleicht sogar nationalen Zwängen zu entziehen. Nichts wurde auch aus Jabotinskys Bemühungen um eine planmäßige Aussiedlung aus Polen, wo die dortige Regierung eher an Madagaskar als an Palästina dachte. Er trat aus der Zionistischen Weltorganisation aus und manövrierte sich so selber ins politische Abseits. Während einige seiner Anhänger versuchten, Polen oder Italien als Mandatsmacht für Palästina ins Gespräch zu bringen, imponierte ihm die von Hitler und Mussolini vereinbarte Aussiedlung der Südtiroler. Wie weit die Unterwerfung der Menschen unter vorgeblich nationale Interessen alsbald gehen sollte, zeigte die Umsiedlung der deutschen Minderheiten Osteuropas. Noch die Gründung der Slowakei und Kroatiens unter deutscher Hegemonie aber ließ sich aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker legitimieren. Opfer waren abermals die Juden.

weder Araber Juden, noch Juden Araber beherrschen dürften.

Um es nicht zu einer jüdischen Vorherrschaft kommen zu lassen, erhoben sich die Araber in einem von 1936 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs dauernden Aufstand, der sich, bar einer tragfähigen politischen Konzeption, in zügellosen Ausschreitungen erschöpfte, welche die Juden nur noch enger zusammenschlossen. Die Hagana, die Verteidigungsorganisation der Histadrut, reagierte mit „Havлага“, mit Selbstbeherrschung und Zurückhaltung, d. h. mit eng begrenzten Strafaktionen, während eine „Ezel“ genannte Gruppe den offenen Terror favorisierte. Zwar galt es für die Hagana, die nun massiv vorangetriebene Kolonisation zu schützen, zugleich aber, nach wie vor friedliche Araber nicht in die Arme der Aufständischen zu treiben und schließlich die öffentliche Meinung in Großbritannien zu gewinnen. Vor einer denn auch wohlwollenden britischen Untersuchungskommission

²⁷⁾ Herbert S. Levine, A Jewish Collaborator in Nazi Germany. The Strange Career of Georg Kareski. 1933—1937, in: Central European History, (1975), und Francis R. Nicosia, Revisionist Zionism in Germany (II). Georg Kareski and the Staatszionistische Organisation, 1933—1938, in: Leo Baeck Institute, Year Book 1987.

unter Earl Peel beteuerte Ben Gurion abermals, daß die freie nationale Zukunft der Juden keines selbständigen Staates bedürfe. Ihm schwebte vielmehr eine Nah-Ost-Föderation vor, die sich austromarxistischer Autonomievorstellungen bediente. Danach sollten territoriale und personale Autonomie so verbunden werden, daß auch die außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebiets ihrer Volksgruppe lebenden einzelnen Personen in diesen territorial autonomen Gebieten einen rechtlichen Rückhalt hätten. Wie kompliziert diese Vorstellungen auch anmuten mögen — sie könnten sehr wohl wieder aktuell werden, sobald es um die Lösung der Konflikte zwischen Juden und Arabern geht, und sei es auch nur, um jüdischen Siedlern ein Bleiben in den von Israel besetzten Gebieten zu ermöglichen^{27a)}.

Die Peel-Kommission schlug eine Teilung des Landes und einen jüdischen Staat sowie einen Bevölkerungsaustausch nach dem Vorbild des griechisch-türkischen vor, der nach dem Untergang des Osmanischen Reiches Millionen Menschen ihrer angestammten Heimat beraubt hatte. Ben Gurion wollte zugreifen, doch weder die Zionistische Organisation noch die Arbeiterbewegung waren bereit, ihm zu folgen. Sie wollten nicht zugunsten eines kleinen Judenstaates auf ein großes Nationalheim verzichten, obwohl es in ihm niemals eine jüdische Mehrheit gegeben hätte. Selbst bei einer Einwanderung von 60 000 Juden im Jahr, wie es sie nur 1935 gab, würden die Juden bis 1948 bei einer Gesamtbevölkerung von gut zwei Millionen nur 40 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Ein schlagendes Argument trugen die Araber vor: Im jüdischen Staat werde der meiste Boden Arabern gehören. Allerdings widersprach es ihrer These, die Juden hätten sie von ihrem Boden verdrängt.

Am gleichen Tage, an dem in Deutschland mit den Synagogen die Achtung vor der Religionsfreiheit verbrannte und mit den Fensterscheiben jüdischer Geschäfte die Illusion der Autonomie zerbrach, widerrief eine neue britische Kommission den Peel-Plan. Im Mai 1939 — Hitler hatte gerade die Tschechoslowakei, Mussolini Albanien besetzt — veröffentlichte die Mandatsmacht ein Weißbuch, das die radikale Einschränkung jüdischer Einwanderung und der Bodenkäufe verfügte, die Araber indes nicht hinderte, mehr Boden an den Jüdischen Nationalfonds zu verkaufen als in den dreißig Jahren zuvor. Angesichts des drohenden Krieges bedeu-

tete das arabische Öl sehr viel, das Schicksal der nun systematisch aus Mitteleuropa vertriebenen Juden kaum etwas. Der dahinsiechende Völkerbund hatte gerade noch die Kraft, die Sowjetunion wegen ihres Überfalls auf Finnland auszuschließen.

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verkündete Ben Gurion: „Wir werden gemeinsam mit England gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und wir werden das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Krieg.“²⁸⁾ Er präziserte damit jene vollmundige Versicherung Weizmanns, die Ernst Nolte zum Ausgangspunkt einer abenteuerlichen Argumentation machte. Der Präsident von Jewish Agency und Zionistischer Weltorganisation schrieb damals dem britischen Premier, daß in dieser Krisenstunde die Juden Großbritannien beistehen und an der Seite der Demokratie kämpfen würden²⁹⁾. Aus der Banalität, daß die Sympathien von Juden anders als zu Beginn des Ersten Weltkrieges nicht gerade Deutschland gehörten, las Nolte eine Art von Kriegserklärung heraus, welche die These rechtfertigen könnte, Hitler hätte die deutschen Juden als Kriegsgefangene behandeln und internieren dürfen „oder genauer gesagt, als Zivilinternierte nach dem Muster der Deutschen in England ab September 1939 oder der amerikanischen Staatsbürger japanischer Herkunft in den USA 1941—1945“³⁰⁾, obwohl er immerhin in Betracht zog, „daß auch der Präsident der Jewish Agency nicht das Recht hatte, so etwas wie eine Kriegserklärung auszusprechen“³¹⁾. In der Tat erkannte das traditionell, aber irreführend Völkerrecht genannte internationale Staatenrecht nur Staaten als Völkerrechtssubjekte an³²⁾, und nur Staaten konnten einen Krieg erklären. Die Juden aber hatten keinen Staat, und noch war es nicht sicher, ob sie überhaupt einen haben wollten.

Mit Großbritannien gegen Deutschland zu kämpfen, hieß vor allem, jüdische Freiwillige für die britische Armee zu mobilisieren, doch widersetzten sich die Briten lange der Gründung spezieller jüdi-

²⁸⁾ David Ben Gurion, Israel. Die Geschichte eines Staates, Frankfurt am Main 1973, S. 85.

²⁹⁾ Letters and Papers of Chaim Weizmann. Series A: Letters, Vol. XIX, January 1935 — June 1940, Jerusalem 1977, S. 145, hier nach Jürgen Kocka, Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden, in: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 142.

³⁰⁾ Ernst Nolte, Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus?, in: Historikerstreit (Anm. 29), S. 35.

³¹⁾ Ebda., S. 25.

³²⁾ Heinz Wagner, Der Arabisch-Israelische Konflikt im Völkerrecht, Berlin 1971, S. 117 ff.

^{27a)} Vgl. Franz Ansprenger, Juden und Araber in Einem Land, München 1978, insbesondere S. 282 ff.

scher Einheiten, die sich nur zu leicht gegen ihre eigene Herrschaft in Palästina richten konnten. Wie nötig die Loyalitätserklärungen Weizmanns und Ben Gurions waren, zeigte sich binnen Jahresfrist. Zwar verlangte Jabotinsky von seinen Anhängern im Ezel, Kampfhandlungen gegen England einzustellen, doch eine kleine, „Lechi“ genannte Gruppe spaltete sich ab und war bereit, sogar zusammen mit Deutschland und Italien gegen die Engländer zu kämpfen. Eine neue Kampftruppe der Arbeiterbewegung, die „Palmach“, war gedacht, dem deutschen Afrikakorps entgegenzutreten. Während der Leiter des Ezel im britischen Dienst bei der Niederschlagung eines prodeutschen Aufstandes im Irak fiel — später übernahm Menachem Begin die Leitung —, organisierte Lechi-Führer Jizchak Jesernizki, der im Untergrund den Namen Schamir annahm, die Ermordung des britischen Repräsentanten in Ägypten³³). Schamirs Eltern waren noch „Bundisten“ gewesen; wie seine Schwestern wurden sie in Polen ermordet. Alle aber waren sich einig, daß gegen Großbritannien zu kämpfen vor allem hieß, die britischen Einwanderungsbeschränkungen zu umgehen und möglichst viele Flüchtlinge illegal ins Land zu bringen. Durch die Mandatsbestimmungen verpflichtet, mit der britischen Verwaltung zusammenzuarbeiten, entwickelte sich die Jewish Agency praktisch zu einer Art Gegenregierung, die, geführt von der Histadrut, den Jischuv zur wohl egalitärsten Gesellschaftsordnung der Welt werden ließ.

Die Jewish Agency mit der Kontrolle der Einwanderung nach Palästina zu betrauen, forderte im Mai 1942 eine große Konferenz jüdischer, keineswegs nur zionistischer Organisationen im New Yorker Biltmore-Hotel, und darüber hinaus in der Terminologie Herzls ein „Jüdisches Commonwealth, integriert in die Struktur einer neuen demokratischen Welt“. „Verschämt“ sei von einem Jüdischen Commonwealth gesprochen, aber ein Judenstaat gemeint gewesen³⁴), behauptete eine sich formierende, betont bi-nationale Opposition in Palästina. Angeführt von ehemals deutschen Zionisten wie Georg Landauer und Felix Rosenblüth, suchte die „Alija Chadascha“ als „Neue Einwanderung“ der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die jüdische Bevölkerung sich seit zwölf Jahren vervierfacht hatte,

³³) Uri Avneri, „Um uns herum nur Schrecken und Angst“, in: Der Spiegel, Nr. 48/1986; Vgl. Lenni Brenner (Anm. 19), S. 200.

³⁴) Max Kreuzberger, Georg Landauer — seine Ideenwelt und sein Werk, in: Georg Landauer, Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte, Tel Aviv 1957, S. 34.

die hinzugekommenen drei Viertel aber außerhalb des politischen Lebens standen, weil die Arbeiterelite der 2. Alija die Zügel fest in der Hand hielt³⁵). Die bi-nationale Opposition reichte indes über die Alija Chadascha hinaus und erreichte weitere Kreise als es die Brith Schalom jemals vermochte, die 1933 ihre Tätigkeit eingestellt hatte. Wäre die Geschichte anders verlaufen, hätte sich die Biltmore-Resolution beim, wenn auch vagen, Commonwealth-Wort nehmen lassen. Noch in einem Memorandum der Jewish Agency an die Gründungsversammlung der Vereinten Nationen 1945 in San Francisco wurde ein „Jüdisches Commonwealth“ gefordert, ohne auch nur auf die Tagesordnung zu gelangen. Die meisten arabischen Staaten hatten gerade noch rechtzeitig Deutschland den Krieg erklärt, um dort als Gründungsmitglieder zugelassen zu werden³⁶).

Die wirkliche Bedeutung der Biltmore-Konferenz lag denn auch darin, daß es Ben Gurion gelang, die überwiegende Mehrheit der früher eher desinteressierten amerikanischen Juden für den Kampf gegen das Weißbuch zu gewinnen. Weizmann aber machte den Fehler, nicht nach Palästina zu gehen und Ben Gurion das Feld zu überlassen; ja, er besaß nicht einmal die palästinensische Staatsbürgerschaft.

Während Millionen europäischer Juden von Deutschen ermordet wurden, und die angeblich so mächtigen jüdischen Organisationen wie der Jüdische Weltkongreß hilflos zusehen mußten, daß sich auf alliierter Seite kein Finger krümmte, um die vom Tode bedrohten Juden zu retten, wuchs im Jischuv, der jüdischen Ansiedlung in Palästina, die Überzeugung, nur sich selber vertrauen zu dürfen. Jischuv und Zionistische Weltorganisation drifteten auseinander, um nie wieder so recht zusammenzufinden. Als 1946 der erste Zionistenkongreß nach dem Krieg in Basel zusammentrat, war die Zeit über den Zionismus Weizmanns hinweggegangen, der dessen moralischer Überlegenheit und der Unterstützung Großbritanniens vertraut hatte. „Es war ein furchtbares Gefühl“ für ihn, „vor dieser Versammlung zu stehen, und kaum eines von den vertrauten Gesichtern zu sehen . . . Das polnische Judentum fehlte, das Judentum Zentral- und Osteuropas, das deutsche Judentum fehlte.“³⁷) Tatsächlich hatte

³⁵) Georg Landauer (Anm. 34), S. 135.

³⁶) Heinz Wagner (Anm. 32), S. 287.

³⁷) Chaim Weizmann, Memoiren. Das Werden des Staates Israel, Zürich 1953, S. 645.

der Zionismus seine ursprüngliche *raison d'être*, die Rettung der osteuropäischen Juden, verloren³⁸⁾.

Den Ton gaben nunmehr die Vertreter der Juden Amerikas und Palästinas an. Felix Rosenblüth erfaßte die Stimmung und übersah doch nicht die Konsequenzen, als er dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation schrieb, daß er, Weizmann, auf keinen Fall seinen Namen mit einer Politik verbinden dürfe, die direkt oder auch nur indirekt, offen oder durch verdeckte Querverbindungen die aktivistische Linie verfolge. Eine Exekutive mit Ben Gurion aber sei aktivistisch. „Ihr Ruf, Ihr An-

sehen, sind ein kostbares Gut, das bewahrt werden muß für die Zeit der Umkehr. Wir werden auf dem Weg des Aktivismus nicht weiterkommen. Wir werden umkehren müssen. Ihre Aufgabe ist es, Chef der Regierung zu sein. Man will Sie in die Hindenburg-Rolle des Staatspräsidenten drängen. Sie dürfen das nicht zulassen.“³⁹⁾ Weizmann wurde nicht wieder zum Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation gewählt.

Anderthalb Jahre später war er der Staatspräsident Israels, Felix Rosenblüth alias Pinchas Rosen Justizminister.

Staatsgründung

Ben Gurions Aktivismus hatte gesiegt, nichts ihn so forciert wie die Weigerung Großbritanniens, die Politik des Weißbuches aufzugeben und den 100 000 Überlebenden der deutschen Schreckensherrschaft in Polen die Einwanderung nach Palästina zu gestatten, die nun vor polnischen Pogromen flüchteten. Sie wurden zum letzten Trumpf in der Hand Ben Gurions, da weder die amerikanische Regierung noch die jüdischen Organisationen der USA aus Furcht vor einem Import des Antisemitismus an einer Einwanderung der Flüchtlinge in die Staaten sonderlich interessiert waren⁴⁰⁾. Als die britische Regierung sich bereit erklärte, tausend gerettete Kinder im eigenen Land aufzunehmen, wurde ihr erklärt: „Warum sollte man aus diesen assimilierten Kindern der deutschen Diaspora assimilierte Kinder der englischen Diaspora machen. Wir wollen sie in Palästina als Juden haben.“⁴¹⁾

„Aktivistisch“ agierten Hagana und Palmach, mal mit, mal gegen Ezel und Lechi, bis hin zum Massaker in einem arabischen Dorf, das die Flucht der Araber beschleunigte. Nicht selten suchten Palmach wie Hagana eigene Wege zu gehen, und es gehört wohl zu den größten Leistungen Ben Gurions, die Kampfverbände schließlich der Staatsraison zu unterwerfen. Ein mit Waffen beladenes Schiff für Begins Ezel ließ er zusammenschießen. Sich von den Terroristen zu distanzieren aber hieß

zugleich, die früheren Revisionisten zu isolieren, was bis zum Sechstagekrieg 1967 dauerte⁴²⁾. Vielleicht beleuchtet nichts so sehr die politische Entwicklung, daß Weizmann in der Zionistischen Organisation, Ben Gurion und die Premiers Scharett, Eschkol und Meir in der Arbeiterbewegung groß wurden, Rabin aus der Palmach und Perez aus der Hagana kamen, Begin und Schamir hingegen ihre Karriere in den Terrororganisationen begannen.

Terror und Gegenterror, vor allem aber die Aufgabe Indiens ließen Großbritanniens Interesse an Palästina schwinden; es gab das Mandat an die Vereinten Nationen als Nachfolgerin des Völkerbundes zurück. Auch in Indien kam es zu Teilung, Massakern und Massenflucht. In Palästina wurde der UN-Vermittler Bernadotte von Juden ermordet; Abdulla, der Emir von Transjordanien von Arabern und schließlich Sadat.

Am 29. November 1947 empfahl die Vollversammlung der Vereinten Nationen — völkerrechtlich unverbindlich — die Teilung des Landes. Nicht nur in den Straßen Tel Avivs, auch in Brooklyn, der Bronx und auf dem Broadway wurde getanzt. Einer der wenigen, die nicht der Euphorie erlagen, war Nachum Goldmann. Bis auf winzige Reste gab selbst das antizionistische orthodoxe Judentum seinen Widerstand gegen das profanisierete Hebräische und gegen die Staatsgründung auf, die nur die wenigsten wirklich gewollt hatten, nun aber als die ultima ratio des Zionismus erschien. Obwohl der jüdische Staat nur gut die Hälfte Palästinas umfassen und Jerusalem internationalisiert werden sollte,

³⁸⁾ Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1975, S. 616.

³⁹⁾ Leo Baeck Institute New York, AR 6007 Landauer-Collection.

⁴⁰⁾ Lenni Brenner (Anm. 19), S. 136.

⁴¹⁾ Christopher Sykes, Kreuzwege nach Israel. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates, München 1967, S. 317.

⁴²⁾ Vgl. Nachum Orland, Die Cherut. Analyse einer rechtsorientierten israelischen Partei, München 1983.

nahm die Jewish Agency die Empfehlung an. Die Araber hingegen wollten ganz Palästina und verloren in den sogleich einsetzenden Kämpfen noch mehr, darunter den Großteil Jerusalems. Die Juden waren es leid, Objekt zu sein; sie wollten Subjekt werden. Wenige Stunden vor Ablauf des Mandats proklamierte Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel.

Sogleich fielen die arabischen Nachbarstaaten, obwohl als Mitglieder der Vereinten Nationen an das Gewaltverbot gebunden, über den neuen Staat her. Israel siegte, anerkannt von den USA und der UdSSR und getragen vom Konsens seiner Bürger. Waren bis zur Staatsgründung etwa 500 000 Juden nach Palästina eingewandert, so kamen in den folgenden dreieinhalb Jahren 700 000 vorwiegend orientalische Juden, deren Situation jetzt aufs äußerste gefährdet war. Da andererseits Hunderttausende von Arabern aus Israel flohen und gelegentlich auch vertrieben wurden, kam es praktisch zu dem bereits im Peel-Plan vorgesehenen Bevölkerungsaustausch. Nicht nur das Problem der Flüchtlinge blieb jedoch, die zu integrieren die Araber so gut wie nichts unternahm. Nur wenige Jahre später mahnte Chaim Weizmann: „Unsere Sicherheit wird in hohem Grade nicht von den Armeen und Flotten abhängen, die wir aufstellen können — und wir sollten nicht zuviel Mittel darauf verwenden —, sondern von der inneren moralischen Festigkeit des Landes, die sich auf seine äußere politische Sicherheit auswirken wird.“⁴³⁾ Und verbittert, daß der Staat auf den Trümmern der Heimat einer anderen Nation errichtet wurde, schrieb Georg Landauer: „Wo noch in der Welt wären so viele Maschinengewehre und Tanks zum Schutze von Juden erforderlich!“⁴⁴⁾ Auch der Zionismus vermochte nicht, die Judenfrage zu lösen; auch der Zionismus erlag dem Schicksal anderer nationaler Befreiungsbewegungen, die sich nolens volens schließlich gegen die Rechte der Menschen anderer Völker wandten.

Noch ehe aber der Zionismus zum Schimpfwort antiisraelischer Propaganda wurde, war „Zionut“ für junge Israeli zu einem Synonym für „Stujot“, Stuß, Unsinn geworden; Reaktion zugleich auf die Überfütterung mit nationalistischer Propaganda wie Abkehr von den Zionisten der Diaspora, die es ablehnten einzuwandern und nach Meinung Ben Gurions aufhören sollten, sich Zionisten zu nennen. Besonders unter dem Vorwurf zu leiden hatten Juden, die im Lande der „Endlösung“ ein neues Le-

ben zu beginnen wagten. Am liebsten hätte Ben Gurion die Zionistische Weltorganisation aufgelöst. Ein 1952 vom israelischen Parlament verabschiedetes Gesetz erklärte die Zionistische Weltorganisation und die Jewish Agency für identisch und überließ ihr die Sorge für Einwanderung und Kolonisation; es war jedoch „eher dazu angetan, das Gefühl der Zionisten, sie wären wirklich berechtigt, im Namen des ganzen jüdischen Volkes zu sprechen, zu entmutigen als zu ermutigen“⁴⁵⁾. Ihre Kompetenzen wurden in der Folge noch weiter eingeeengt, ihr Präsident Nachum Goldmann ein unbequemer Kritiker der israelischen Araberpolitik. Gleichwohl blieb die freie Einwanderung auch nach der Staatsgründung die Quintessenz des Zionismus.

Nach dem „Rückkehrgesetz“ von 1950 hat jeder Jude das Recht, nach Israel einzuwandern, was freilich erhebliche Schwierigkeiten mit sich brachte, zu definieren: „Wer ist Jude?“⁴⁶⁾. Die Konsequenz aus jenem frühen zionistischen Anspruch zu ziehen, die Juden sollten ein Volk wie jedes andere werden, vermochte sich die Justiz Israels nicht durchzurängen; sie hielt vielmehr zumindest ex negativo an der religiösen Bindung fest, derzufolge es beispielsweise keine katholischen Juden geben kann. Am Selbstverständnis Israels als jüdischem Staat wagen nur wenige zu rütteln, während Juden sich stets, zuletzt in den USA, gegen einen erklärtermaßen christlichen Staat aussprachen. Attraktiv blieb die Einwanderung vor allem für Juden aus dem kommunistischen Machtbereich, die sich von Israel mehr Freiheit und größeren Wohlstand versprochen, während die Zahl der Auslands-Israeli wuchs, die insbesondere in den USA ihr Glück versuchen, daheim kaum noch als „Jordim“, Hinabsteigende, gescholten.

Schon nach dem Jom-Kippur-Krieg geriet der gesellschaftliche Konsens ins Wanken, verunsichert durch die Friedensbewegung auf der einen und eine Bewegung auf der anderen Seite, die durch verstärkte Siedlung in den besetzten Gebieten weiterhin vollendete Tatsachen zu schaffen sucht⁴⁷⁾. Nicht für freie Einwanderung nach Israel, sondern für freie Auswanderung aus der UdSSR demonstrieren heute Juden der USA, deren zumal nach

⁴⁵⁾ Ben Halpern, *The Idea of the Jewish State*, Cambridge (Mass.) 1961, S. 240.

⁴⁶⁾ Vgl. Johann Maier und Rolf Rendtorff (Anm. 3).

⁴⁷⁾ Vgl. Rael Jean Isaac, *Israel Divided, Ideological Politics in the Jewish State*, Baltimore/Maryland 1976; Hartwig Bierhoff, Das andere Israel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21/82.

⁴³⁾ Chaim Weizmann (Anm. 37), S. 672f.

⁴⁴⁾ Georg Landauer (Anm. 34), S. 451.

dem Sechstagekrieg bedingungslose Solidarität mit Israel allmählich zu bröckeln beginnt. Wirtschaftlich und kulturell haben die amerikanischen Juden eine Stellung erreicht, die vergleichbar erscheint jener der deutschen Juden im Kaiserreich; ihr politischer Einfluß indes ist weitaus größer und damit ihre Existenz gesicherter. Überwiegend liberal, sind amerikanisierte Juden in Israel — das Christen und Moslems, nicht aber dem liberalen Judentum Religionsfreiheit läßt — vor allem im Personenstandsrecht, bei Eheschließung und -scheidung dem orthodoxen Judentum ausgeliefert, das seit türkischen Zeiten die Rabbinatsgerichtsbarkeit monopolisiert.

Wenn heute der orthodoxe Einfluß in Israel dank größerer Geburtenrate und steigender Einwanderung rechtgläubiger Juden aus den USA noch wächst, so bedeutet dies freilich zugleich das Eingeständnis, daß eine säkularë jüdische Kultur nicht so tragfähig ist, wie die zionistische Bewegung mit Ausnahme religiöser Zionisten, der Misrachi, stets angenommen hatte. In einem jedoch obsiegte der Kulturzionismus paradoxerweise so sehr, daß da-

durch die Beziehung zur Diaspora mehr gefährdet als gefördert wird: In der Wiedergeburt des Hebräischen. Mit der Hebraisierung von Familiennamen geht sogar ein äußeres Zeichen der Familienzugehörigkeit verloren. Die Wiederbelebung des Hebräischen als gesprochener Sprache ist ganz im Gegensatz zu Bemühungen um eine Wiedergeburt etwa der irischen Sprache so vollständig, daß die in ihrer weit überwiegenden Mehrheit bereits im Lande geborenen Israeli alle die Kriterien erfüllen, die man der zionistischen These von der Existenz eines jüdischen Volkes entgegenhalten konnte. Auch sonst sind die Israeli ein Volk wie andere Völker geworden.

Das Entstehen eines neuen Nationalstaates aber entpuppte sich abermals als das eines neuen Nationalitätenstaates. Dieser der Geschichte Europas weitgehend inhärente fatale Mechanismus mit all seinen Folgen für den einzelnen Menschen sollte bei aller Singularität des Zionismus — der Einmaligkeit der ihn auslösenden Motive und des ihn treibenden ungeheuren Erfolgszwanges — nicht übersehen werden.

Michael Wolffsohn: Vierzig Jahre Israel: Versuch einer historischen Einordnung und Bilanz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/88, S. 3–15

In dem Versuch einer überblicksartigen Würdigung der Entwicklung Israels wird im ersten Teil der moderne jüdische Staat in den Zusammenhang der jahrtausendelangen Geschichte des jüdischen Volkes eingeordnet. Das besondere Interesse gilt dabei dem Problem der Eroberung des „Gelobten Landes“ sowie der Spannungen zwischen dem jüdischen Gemeinwesen in Zion und der jüdischen Diaspora. Die allzu hohen in Israel gesetzten inner- und außerjüdischen Erwartungen werden als pseudo-messianische Hoffnungen bezeichnet, die geradezu zwangsläufig zu Enttäuschungen führen mußten.

Im zweiten Teil wird die außen- und innenpolitische Entwicklung skizziert. In der Außenpolitik konzentriert sich der Autor auf die Beziehungen Israels zu den USA. Im Abschnitt über „Innenpolitik und Gesellschaft“ wird die Frage nach dem jüdischen Charakter des Jüdischen Staates aufgeworfen. Das Problem der Zukunft der besetzten Gebiete wird dabei ebenfalls erörtert.

Fazit des Autors: An realistischen Maßstäben gemessen sind Israels Leistungen beachtlich; pseudo-messianische Hoffnungen konnten nicht erfüllt werden. Durch mehr Realismus und weniger Pseudo-Messianismus könnten Israelis sowie Freunde und Gegner Israels leichter auf die nur für sie selbst beste Lösung verzichten, dafür aber die zweitbeste anstreben und verwirklichen. Das gilt auch für die Palästinenser.

Ernst Ludwig Ehrlich: Die Juden in der Diaspora

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/88, S. 16–22

Die jüdische Identität wird heute überall auf der Welt stark durch den Staat Israel bestimmt; dies gilt besonders in einer Zeit, in der die Juden in der Welt vermehrt in ihre Umwelt integriert sind. Mit dem Staat Israel verbindet die Juden zugleich eine Schicksalsgemeinschaft, die um so größeres Gewicht besitzt, als religiöse Traditionen und Werte heute eher im Schwinden begriffen sind und die jüdische Basis kaum erreichen. Die Gesamtsituation der Juden gegenüber dem Staat Israel ist heute in allen Ländern der freien Welt recht ähnlich. Anders ist es in der Sowjetunion, in der Juden kaum Möglichkeiten kultureller oder übergreifender religiöser Betätigung haben; bestenfalls darf eine wechselnde Quote von Juden im Zuge der Familienzusammenführung das Land verlassen. Das offene Bekenntnis zum Staat Israel sowie das Lehren der hebräischen Sprache außerhalb kleiner privater Zirkel gilt als staatsfeindlich.

Hinsichtlich der Einstellung zum Staate Israel bestehen zwischen Juden in den Vereinigten Staaten und denen in Europa oder Lateinamerika nur unwesentliche Unterschiede. Anders ist es mit der Organisationsform der Juden. Hier hat jede Judenheit der verschiedenen Länder ihre eigene Geschichte und damit auch unterschiedliche Strukturen.

Hermann Meier-Cronmeyer: Zur Geschichte des Zionismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/88, S. 23–37

Stark beeinflusst durch die europäischen Nationalbewegungen, stimulierte die jüdische nichts so sehr wie der Antisemitismus. Bis zur Vernichtung des größten Teils der europäischen Juden blieb jedoch als Alternative zum auf Palästina ausgerichteten Zionismus stets das Streben nach nationaler Autonomie in Osteuropa lebendig.

Wie für den religiösen war auch für den Kulturzionismus die Regeneration des auch durch Assimilation bedrohten jüdischen Volkes mit Hilfe eines geistigen Zentrums in Palästina das primäre, während es Herzl und Jabotinsky weniger um die Rettung des Judentums als um die der einzelnen Juden ging. Der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina kam es lange vor allem auf die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft an. Allen Strömungen aber war gemeinsam, daß sie zur Verwirklichung ihrer Ziele nicht eines souveränen Staates bedurften, der zugleich den Verzicht auf ein größeres, autonomes Nationalheim bedeutete.

Erst unter dem Eindruck der Judenvernichtung, die den europäischen Zionismus seiner Basis beraubte, wurde für die aktivistische Politik der palästinensischen Juden unter Ben Gurion, die sich zunehmend dem Zionismus Weizmanns entfremdete, die Staatsgründung zur ultima ratio.